

## Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2016

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer  
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

### Inhaltsverzeichnis

<b>A.</b>	<b>Zivil- und Strafjustiz</b>	<b>3</b>
	<b>Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer</b>	<b>3</b>
<b>1</b>	<b>Personelles</b>	<b>4</b>
1.1	Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)	4
1.2	Kreisgerichte	4
<b>2</b>	<b>Rechtsprechung</b>	<b>4</b>
2.1	Allgemeines	4
2.2	Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)	4
2.3	Geschäftslast Kreisgerichte	6
2.4	Geschäftslast Schlichtungsbehörden	8
2.5	Verfahrensdauern	8
2.5.1	Kantonsgericht	9
2.5.2	Kreisgerichte	9
<b>3</b>	<b>Justizverwaltung</b>	<b>10</b>
3.1	Allgemeines	10
3.2	Ersatzwahlen Kreisgerichte	10
3.3	Besoldungsrevision	10
3.4	Revision Honorarordnung	11
3.5	Belastungsausgleich unter den Kreisgerichten	11
3.6	Ausschaffungsinitiative und Durchsetzungsinitiative	12
3.7	Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz	12
3.8	Erfahrungsaustausch Schlichtungsbehörden	13
3.9	Weiterbildung	13
3.10	Infrastruktur	14
3.11	eProjekte	14
3.12	Vernehmlassungen und Umfragen	15
3.13	Konferenz der Gerichte	15
<b>4</b>	<b>Anwaltspatente</b>	<b>16</b>

<b>5</b>	<b>Rechtsagentenpatente</b>	<b>16</b>
<b>6</b>	<b>Anhang: Statistik</b>	<b>17</b>
I.	Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	17
II.	Kreisgerichte	36
III.	Vermittlerämter	53
IV.	Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	55
V.	Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse	56
VI.	Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz	57
<b>B.</b>	<b>Verwaltungsjustiz</b>	<b>58</b>
<b>7</b>	<b>Verwaltungsgericht</b>	<b>58</b>
7.1	Personelles	58
7.2	Geschäftslast	58
7.3	Art der Erledigung und Dauer der Verfahren	60
7.4	Beschwerden beim Bundesgericht	61
7.5	Justizverwaltung, Aufsicht über Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht	61
<b>8</b>	<b>Versicherungsgericht</b>	<b>61</b>
8.1	Personelles	61
8.2	Geschäftslast	61
<b>9</b>	<b>Verwaltungsrekurskommission</b>	<b>64</b>
9.1	Personelles	64
9.2	Geschäftslast	64
9.3	Art der Erledigung und Dauer der Verfahren	66

## A. Zivil- und Strafjustiz

### **Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)  
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2016.

St.Gallen, im Februar 2017

Im Namen des Kantonsgerichtes,  
Der Präsident:  
Dr. Dominik Scherrer

Der Generalsekretär:  
Fürsprecher Michael Balmelli

Im Namen des Handelsgerichtes,  
Der Präsident:  
lic.iur. Rolf Brunner

Im Namen der Anklagekammer,  
Der Präsident:  
lic.iur. Ivo Kuster

## **1 Personelles**

### **1.1 Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)**

Im Berichtsjahr gab es weder beim Kantonsgericht noch beim Handelsgericht noch bei der Anklagekammer personelle Veränderungen bei ihren Mitgliedern und Ersatzmitgliedern. In der Februarsession 2017 erfolgen die Gesamterneuerungswahlen der kantonalen Gerichte und damit auch des Kantonsgerichtes, des Handelsgerichtes und der Anklagekammer für die Amtsdauer 2017/2023.

### **1.2 Kreisgerichte**

*Kreisgericht St.Gallen:* Paul Egger erklärte auf Ende 2016 seinen Rücktritt als nebenamtlicher Richter des Kreisgerichtes St.Gallen. In der folgenden Ersatzwahl wurde René Hungerbühler als nebenamtlicher Richter gewählt.

*Kreisgericht Rorschach:* Ruth Belz erklärte auf Ende März 2017 aufgrund ihrer anstehenden Pensionierung ihren Rücktritt als Kreisrichterin am Kreisgericht Rorschach. In der folgenden Ersatzwahl wurde Alexander Koch zum haupt- oder teilamtlichen Richter gewählt.

*Kreisgericht Rheintal:* Patric Looser erklärte auf Ende Juni 2016 aufgrund seines Wechsels zur Staatsanwaltschaft seinen Rücktritt als Kreisrichter am Kreisgericht Rheintal. In der folgenden Ersatzwahl wurde Catherine Reiter zur haupt- oder teilamtlichen Richterin gewählt.

*Kreisgericht Wil:* Cornel Egger erklärte auf Ende Mai 2016 aufgrund seiner Wahl in den Kantonsrat seinen Rücktritt als nebenamtlicher Richter des Kreisgerichtes Wil. In der folgenden Ersatzwahl wurde Roland Schraner als nebenamtlicher Richter gewählt.

## **2 Rechtsprechung**

### **2.1 Allgemeines**

Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2016 (GVP) sowie auf die auf der Website der Gerichte ([www.gerichte.sg.ch](http://www.gerichte.sg.ch)) publizierten Entscheide verwiesen.

### **2.2 Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)**

Die Gesamtübersicht zeigt, dass die Anzahl der im Jahr 2016 eingegangenen Fälle in der Bandbreite der Falleingänge der letzten zehn Jahre liegt. Dabei ist – wie im letzten Amtsbericht – darauf hinzuweisen, dass die erhöhten Fallzahlen der Jahre 2010 bis 2012 auf Besonderheiten zurückzuführen sind. Diese ausserordentlichen Fallzahlen wurden in den entsprechenden Amtsberichten bereits angezeigt. Auch die Anzahl Erledigungen und Pendenzen liegt im üblichen Rahmen.

Im Berichtsjahr gingen 1854 Fälle ein und 1740 Fälle konnten erledigt werden. Die Gesamtzahl der Pendenzen erhöhte sich damit von 571 (Stand Ende 2015) auf 684 (Stand Ende 2016) .

Nachfolgend werden die Fallzahlen der einzelnen Kammern und Einheiten dem Mittelwert der Falleingänge der Jahre 2013 bis 2015 (abgekürzt Ø 2013-15) gegenübergestellt.

In der I. Zivilkammer nahm die Anzahl der eingegangenen Kollegialfälle (ohne verfahrensleitende Verfügungen) im Berichtsjahr im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre zu (13; Ø 2013-15: 10). In der III. Zivilkammer sind die eingegangenen Kollegialfälle im Vergleich zum Durchschnitt der letz-

ten drei Jahre um rund 52 Prozent gestiegen (72; Ø 2013-15: 47). Zur Fallzunahme ist anzumerken, dass diese teilweise (13 Fälle) auf eine Fallhäufung mit der gleichen Klägerschaft zurückzuführen ist. Bei der II. Zivilkammer (Familienrecht) blieb die Anzahl der eingegangenen Kollegialfälle (ohne verfahrensleitende Verfügungen) auf dem Mittelwert der Vorjahre (50; Ø 2013-15: 51). Die Falleingänge (ohne verfahrensleitende Verfügungen) bei der Einzelrichterin und beim Einzelrichter im Personen-, Erb- und Sachenrecht nahm um rund 38 Prozent ab (11; Ø 2013-15: 18). Die Anzahl Weiterzüge (jeweils ohne verfahrensleitende Verfügungen) an den Einzelrichter im Familienrecht nahm um 31 Prozent ab (57; Ø 2013-15: 82). Die Zahl der Weiterzüge an den Einzelrichter beziehungsweise die Einzelrichterin im Obligationenrecht nahm mit Blick auf den Durchschnitt der letzten drei Jahre um 25 Prozent ab (49; Ø 2013-15: 65). Im Bereich der SchKG-Verfahren nahmen die Weiterzüge an den Einzelrichter im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um 20 Prozent ab (90; Ø 2013-15: 113).

Bei der Strafkammer nahmen die Kollegialfälle im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um 41 Prozent zu (164; Ø 2013-15: 117). Dazu ist allerdings zu bemerken, dass die Strafkammer ihre Einschreibep Praxis aufgrund eines Entscheids des Bundesgerichtes geändert hat. Ohne diese Änderung wäre die Fallzahl in etwa gleich geblieben.

Die Kollegialfälle in der Zuständigkeit des Handelsgerichtes sind im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 14 Prozent gesunken (54; Ø 2013-15: 63). Die Falleingänge in der Zuständigkeit des Handelsgerichtspräsidenten gingen um rund 18 Prozent zurück (159; Ø 2013-15: 195).

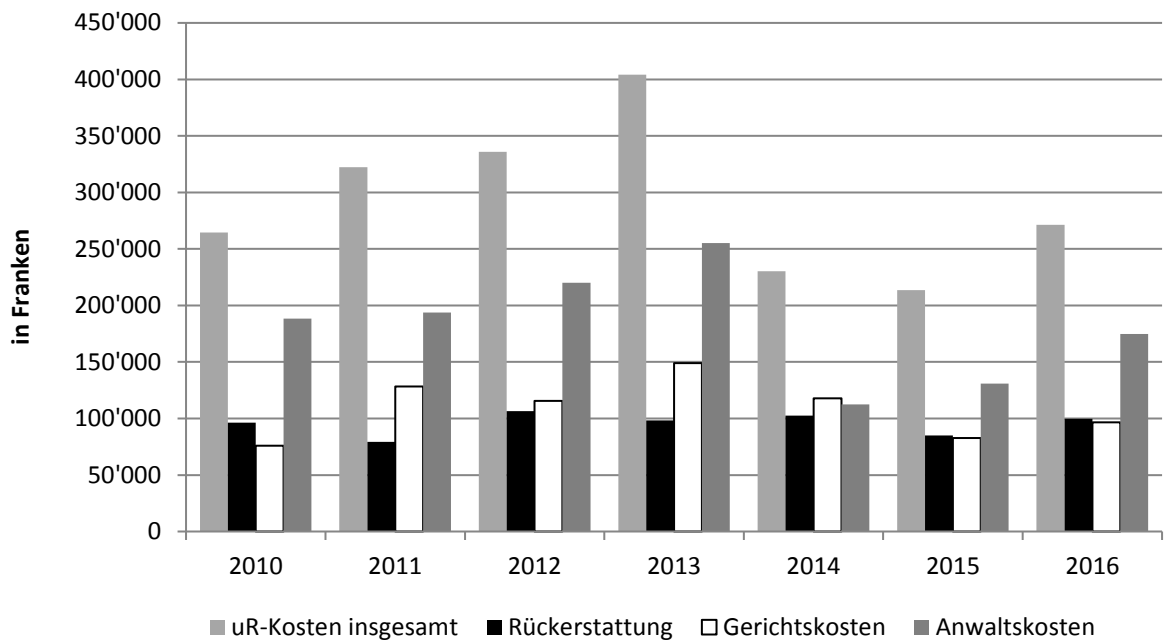
Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister nahmen die Fallzahlen im Vergleich zu den letzten drei Vorjahren um rund 30 Prozent ab (44; Ø 2013-15: 63). Die 44 Fälle teilen sich auf in 32 aus dem Bereich Schuldbetreibung und Konkurs und 12 betreffen das Handelsregister.

Die Zahl der Kollegialfälle bei der Anklagekammer nahm im Vergleich zum Mittelwert der drei Vorjahre um 27 Prozent zu (387; Ø 2013-15: 306). Als Hauptkategorien zu erwähnen sind die Verfahren betreffend Nichtanhandnahme und Nichtzulassung (61 Fälle) sowie die Ermächtungsverfahren (176 Fälle). Die Zahl der Präsidialfälle ist um 13 Prozent angestiegen (68; Ø 2013-15: 60).

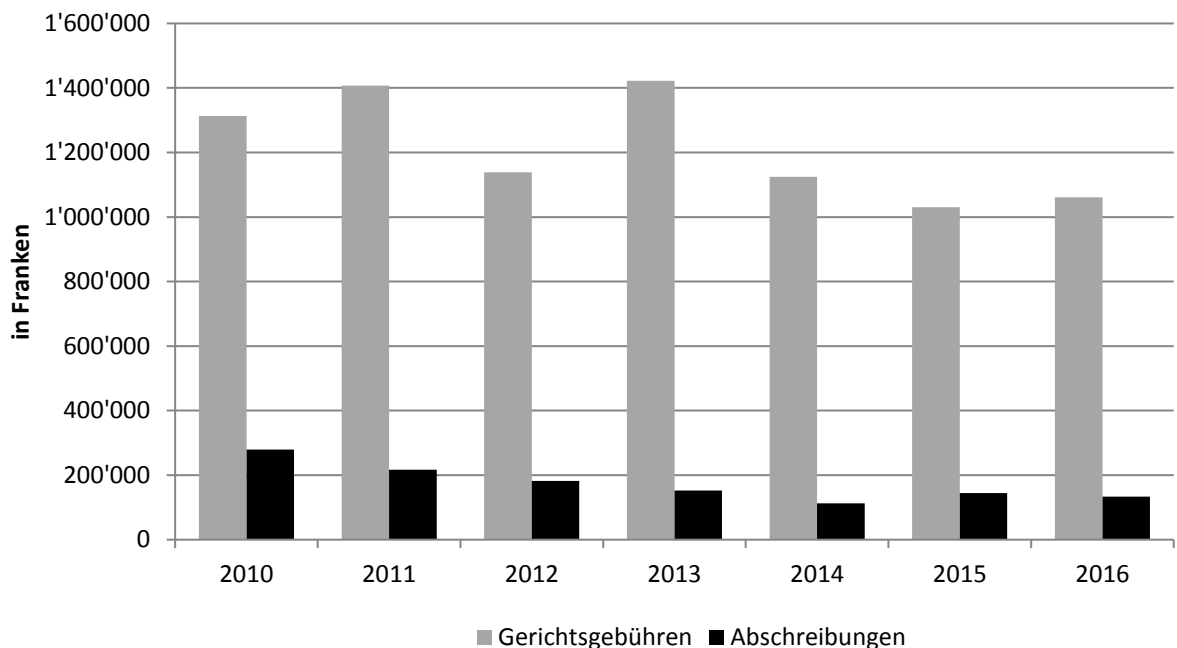
Bei der Anwaltskammer gingen bei den Kollegialfällen im Vergleich zu den Fallzahlen der Vorjahre vier Fälle weniger ein (4; Ø 2013-15: 8). Die Anzahl Fälle in der präsidialen Zuständigkeit nahmen um 13 Prozent zu (85; Ø 2013-15: 75).

Die Anzahl Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege in Zivilverfahren (einschliesslich Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister) nahm um rund 22 Prozent ab (107; Ø 2013-15: 136). Von den 107 Gesuchen entfallen 84 (Ø 2013-15: 96) auf den Bereich Familienrecht. Bei der Strafkammer reduzierte sich die Anzahl Gesuche um amtliche Verteidigung beziehungsweise unentgeltliche Verbeiständung der Privatkägerschaft im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 16 Prozent (52; Ø 2013-15: 62). Bei der Anklagekammer nahmen die Gesuche um rund 15 Prozent zu (55; Ø 2013-15: 48). Die Abrechnung der insgesamt bewilligten Gesuche ergibt im Vergleich zum Vorjahr um rund 27 Prozent höhere Kosten. Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wird eine angemessene Rückerstattung sichergestellt.

Die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen (amtliche Verteidigung und unentgeltliche Verbeiständung der Privatkägerschaft) wird über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.



Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



### 2.3 Geschäftslast Kreisgerichte

Wie beim Kantonsgericht ist auch bei den Kreisgerichten wie bereits im letzten Amtsbericht eine Zehnjahresübersicht zur Entwicklung der Geschäftslast eingefügt (vgl. Anhang Statistik, Ziff. II.1). Diese zeigt ein relativ konstantes Bild.

Wie beim Kantonsgericht erfolgt auch bei den Kreisgerichten in den nachfolgenden Ausführungen ein Vergleich der Zahlen des Berichtsjahres mit dem Mittelwert der Falleingänge aus den Jahren 2013 bis 2015 (abgekürzt Ø 2013-15).

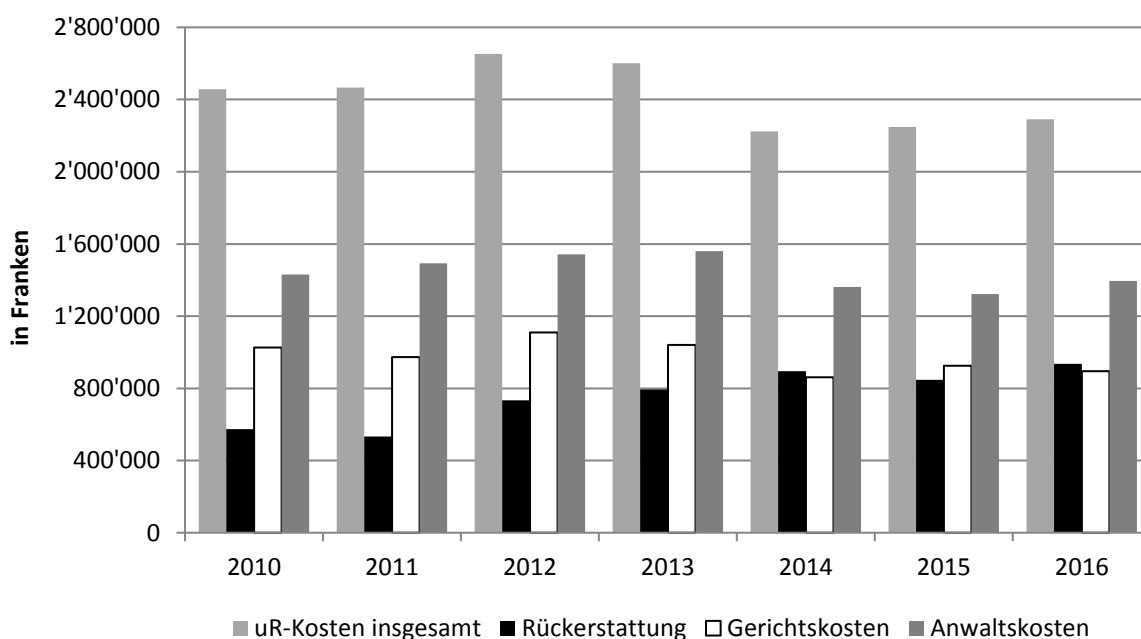
Die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle aller Kreisgerichte liegt auf dem Niveau der Vorjahre (12'530; Ø 2013-15: 12'626). Da im Berichtsjahr bei 12'530 Falleingängen 12'439 Fälle erledigt werden konnten, konnte die Gesamtzahl der Pendenzen von 2'626 (Stand Ende 2016) praktisch auf dem Niveau des Vorjahres (Stand Ende 2015: 2'531) gehalten werden. Einer Fallzunahme von rund 15 Prozent bei den Kollegialfällen (681; Ø 2013-15: 590) steht eine leichte Abnahme von rund 2 Prozent bei den Einzelrichterfällen (10'754; Ø 2013-15: 10'932) gegenüber, je ohne Ehescheidungen/ -trennungen. Letztere sind mit 1'095 Falleingängen auf der Höhe der Falleingänge der Vorjahre (Ø 2013-15: 1'103).

Bei den Kollegialfällen in Zivilsachen hat die Zahl der Eingänge (ohne Ehescheidungen/ -trennungen) gegenüber dem Mittelwert der Vorjahre um rund 8 Prozent zugenommen (382; Ø 2013-15: 355). Bei den Einzelrichterfällen in Zivilsachen (vereinfachte Verfahren, Summarverfahren und verfahrensleitende Verfügungen, ohne Beschwerden gegen Betreibungsämter) sind die Falleingänge im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre hingegen leicht zurückgegangen (9'480; Ø 2013-15: 9'580). Die Beschwerdeverfahren gegen Betreibungsämter haben um rund 14 Prozent abgenommen (115; Ø 2013-15: 133).

Die Kollegialfälle in Strafsachen haben im Berichtsjahr gegenüber dem Mittelwert um rund 26 Prozent zugenommen (260; Ø 2013-15: 207). Die Einzelrichterfälle in Strafsachen haben im Berichtsjahr gegenüber dem Mittelwert der Vorjahre hingegen um 8 Prozent abgenommen (346; Ø 2013-15: 374). Die Anzahl verfahrensleitender Verfügungen in Strafsachen hat im Vergleich zu den Vorjahren ebenfalls leicht abgenommen (60; Ø 2013-15: 63).

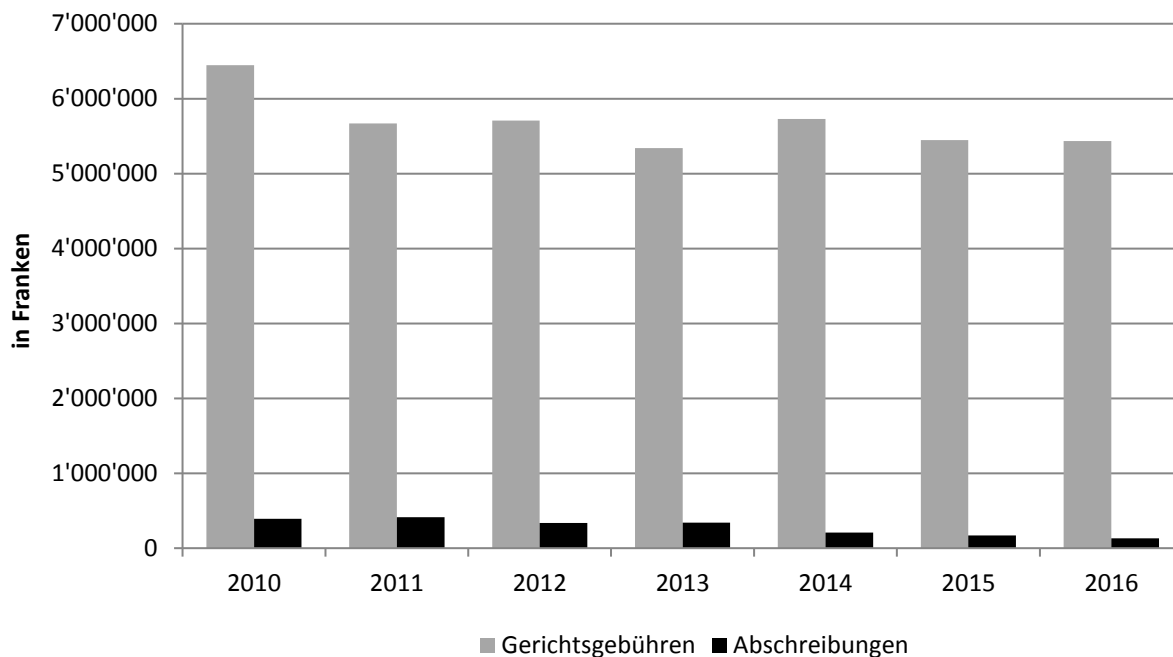
Die Fallzahlen der regionalen Zwangsmassnahmenrichter haben im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 3 Prozent zugenommen (392; Ø 2013-15: 379). Beim kantonalen Zwangsmassnahmengericht sind im Vergleich rund 10 Prozent weniger Fälle eingegangen (361; Ø 2013-15: 402).

Die Anzahl Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege sind praktisch auf dem Niveau der Vorjahre (1'593; Ø 2013-15: 1'569). Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Rechtspflege festzuhalten.



Die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen (amtliche Verteidigung und unentgeltliche Verbeistandung der Privatklägerschaft) wird über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



## 2.4 Geschäftslast Schlichtungsbehörden

Auch bei den Schlichtungsbehörden erfolgt ein Vergleich der Zahlen des Berichtsjahres mit dem Mittelwert der Falleingänge aus den Jahren 2013 bis 2015 (abgekürzt Ø 2013-15).

Die Gesamtzahl der Eingänge bei den Vermittlerinnen und Vermittlern ging im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 13 Prozent zurück (1'600; Ø 2013-15: 1'836). In 578 Fällen beziehungsweise im Umfang von rund 36 Prozent der gesamten Erledigungen (1'599) konnte im Berichtsjahr ein Vergleich beziehungsweise ein Klagerückzug oder eine Klageanerkennung anlässlich des Vermittlungsvorstandes erwirkt werden. In 105 Fällen konnte die Angelegenheit mit einem angenommenen Urteilsvorschlag erledigt werden, und in 54 Fällen wurde von der Möglichkeit des Entscheides Gebrauch gemacht. In 630 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt.

Die Gesamtzahl der Eingänge bei den Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse nahm im Vergleich zu den Vorjahren um rund 24 Prozent ab (951; Ø 2013-15: 1'244). Bei 45 Prozent (423) der Erledigungen (949) konnte eine Einigung erzielt werden. In 244 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt. Die Gesamtzahl der Eingänge bei den Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse nahm im Vergleich zu den Vorjahren um rund 14 Prozent ab (663; Ø 2013-15: 772). In rund 46 Prozent (294) aller Erledigungen (643) konnte ein Vergleich beziehungsweise ein Klagerückzug oder eine Klageanerkennung erzielt werden. In 226 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt.

## 2.5 Verfahrensdauern

Wie bereits in früheren Amtsberichten werden nachstehend die Verfahrensdauern bestimmter (erledigter) Verfahren des Kantonsgerichtes und der Kreisgerichte dargestellt. Mit Blick auf die Dauer von *pendenten* Verfahren richtet das Kantonsgericht im Rahmen des Fristencontrollings bei den Kreisgerichten den Blick systematisch auf jene Fälle, welche seit mehr als drei Jahren hängig sind. Für diese Verfahren hat die zuständige Richterin beziehungsweise der zuständige



Richter unter Einbezug der Kreisgerichtspräsidentin beziehungsweise des Kreisgerichtspräsidenten zuhanden des Kantonsgerichtes zum Verfahrensgang Stellung zu nehmen und die geplanten Verfahrensschritte darzulegen.

## 2.5.1 Kantonsgericht

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)									
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	bis 24	bis 36	bis 48	bis 60	über 60
Berufungen I. und III. Zivilkammer	11	13	12	10	6	-	-	-	-	-
Berufungen II. Zivilkammer	3	-	3	6	7	6	7	-	1	-
Eheschutz Einzelrichter Familienrecht	8	5	1	-	-	-	-	-	-	-
Klagen Handelsgericht	14	6	8	4	3	11	16	4	1	-
Vorsorgliche Massnahmen Handelsgerichtspräsidium	11	-	-	-	-	-	1	-	1	2
Berufungen Strafkammer	60	20	16	16	7	3	2	-	-	-

*Hinweis: In Fällen mit einer Verfahrensdauer von über 36 Monaten bestanden ausgewiesene Gründe (insb. Sistierungen, Gutachten usw.).*

## 2.5.2 Kreisgerichte

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)									
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	bis 24	bis 36	bis 48	bis 60	über 60
Zivilsachen Kollegialgericht ohne Ehescheidung	172	35	28	21	19	23	19	10	20	3
Zivilsachen Einzelrichter Vereinfachtes Verfahren	459	114	60	28	3	13	11	5	3	1
Ehescheidungen/ -trennungen Kollegialgericht / Familienrichter	823	99	61	30	28	30	30	8	2	3
Eheschutz Familienrichter	478	35	17	6	5	4	2	-	-	-
Strafsachen Kollegialgericht	149	32	21	3	4	3	-	-	-	-
Strafsachen Einzelrichter	288	40	17	2	4	1	-	-	-	-

## 3 Justizverwaltung

### 3.1 Allgemeines

Grössere Geschäfte, welche das Kantonsgericht und die Kreisgerichte im Berichtsjahr beschäftigten, waren das Projekt «NeLo» (Besoldungsrevision), Finanzen (insb. Stellenbegehren), kantonale und eidgenössische Vorlagen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe, Anpassungen eigener Erlasse und Weiterbildungsveranstaltungen. Das Kantonsgericht war neben der eigenen Justizverwaltung namentlich auch mit vielfältigen Bereichen der Aufsicht über die sieben Kreisgerichte, die 15 Schlichtungsstellen und die 13 Vermittlungsämter befasst. Die Aufsicht berührte dabei alle Bereiche wie Finanzen, Personelles, Weiterbildung, Bau-, Raum- und Mobiliarwesen, Informatik, Sicherheit, Kommunikation sowie Erlasse und Weisungen. Dazu kam der vielfältige Geschäftsverkehr mit der Staatskanzlei und den Departementen, mit Kommissionen des Kantonsrates, mit anderen kantonalen oder ausserkantonalen Gerichten und Amtsstellen und mit solchen des Bundes.

### 3.2 Ersatzwahlen Kreisgerichte

Im Rahmen der laufenden Amtsperiode der Kreisgerichte 2015 / 2021 kam es im Berichtsjahr zu verschiedenen Ersatzwahlen sowohl von fest angestellten als auch von nebenamtlichen Richterinnen oder Richtern. Im Gerichtskreis Rorschach kam es bei der Ersatzwahl für eine hauptamtliche Richterin zu einem zweiten Wahlgang. Im Gerichtskreis Rheintal erfolgte die Ersatzwahl für einen hauptamtlichen Richter im Rahmen einer stillen Wahl. Im Gerichtskreis St.Gallen kam es bei der Ersatzwahl für einen nebenamtlichen Richter zu einem ersten, im Gerichtskreis Wil bei der Ersatzwahl für einen nebenamtlichen Richter zu einem zweiten Wahlgang. Seit dem V. Nachtrag zum Gerichtsgesetz, der auf den 1. Juni 2015 in Kraft trat, werden die hauptamtlichen oder teiltamtlichen Kreisrichterinnen oder Kreisrichter und die nebenamtlichen Kreisrichterinnen oder Kreisrichter in den Gerichtskreisen in einem je separaten Verfahren gewählt. Diese Aufteilung dient in der Praxis sowohl den Stimmbürgern als auch den Gerichten. Der Umstand, dass es namentlich auch bei Ersatzwahlen für fest angestellte Richterinnen oder Richter zu einem zweiten Wahlgang kommen kann, erweist sich für die Kreisgerichte als Herausforderung, da es je nach Konstellation zu beträchtlichen Vakanzen führen kann.

### 3.3 Besoldungsrevision

#### a) Pendenz Justizreform 2009

Die laufende Revision des Besoldungssystems zielt auf eine grundsätzliche Überarbeitung der massgebenden Richtlinien zur Besoldungseinreihung und Beförderung. Die Staatsverwaltung und die Gerichte sind gleichermaßen von diesem komplexen Revisionsvorhaben betroffen. Im Bereich der Zivil- und Strafjustiz stehen die Anliegen der Kreisrichterinnen und Kreisrichter im Vordergrund. In der Botschaft zum IV. Nachtrag zum Gerichtsgesetz (Justizreform 2009; RIS 22.06.14) wurde auf der Ebene der fest angestellten Richterinnen und Richtern zwischen zwei Hauptkategorien unterschieden: «Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten» sowie «Einzelrichterinnen und Einzelrichter». Für Letztere wurde eine tiefere Besoldungseinreihung vorgesehen. In der konkreten Ausgestaltung im Gerichtsgesetz wurde dann aber die genannte Unterscheidung wieder aufgegeben. Es wurde zwar zwischen Kreisgerichtspräsident oder Kreisgerichtspräsidentin einerseits und Kreisrichterin oder Kreisrichter andererseits unterschieden, der Unterschied sollte sich aber allein auf die Leitungsfunktion des Kreisgerichtspräsidiums beziehen. Als Richterin oder Richter sind sowohl der Kreisgerichtspräsident oder die Kreisgerichtspräsidentin als auch die Kreisrichterin oder der Kreisrichter einander vollumfänglich gleichgestellt. Es erfolgte damals aber keine entsprechende Gleichstellung im Lohnsystem. Es war dem Kantonsgericht im Rahmen des Besoldungsrevisions-Projektes deshalb ein grosses Anliegen, diese sachlich nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung als Folge der Justizreform des Jahres 2009 zu beheben.

## b) Lohnentwicklung und Leistung

Ein weiterer wesentlicher Punkt bei der Besoldungsrevision ist die Frage der Leistungsbewertung. Jeder «Automatismus» in der Lohnentwicklung, wie der bisher gewährte jährliche Stufenanstieg, soll eliminiert werden und der Leistungsaspekt die massgebende Motivation für Beförderungen sein. Vor diesem Hintergrund musste im laufenden Besoldungsrevisions-Projekt mehr als einmal darauf hingewiesen werden, dass die arbeitsrechtliche Situation eines grossen Teils der Mitarbeitenden der Justiz, nämlich der Richterinnen und Richter, nicht ohne Weiteres mit jener der Mitarbeitenden der Staatsverwaltung verglichen werden kann. Die Richterinnen und Richter müssen sich für die Erlangung ihres Amtes ausnahmslos einer Volks- oder parlamentarischen Wahl stellen. Aufgrund dieses Umstands und mit allen damit weiter zusammenhängenden Aspekten (politischer Wahlschlüssel, Anstellungsakt, befristetes Arbeitsverhältnis, Amtsdauer, Unabhängigkeit in der Rechtsprechung, Wohnsitzpflicht) unterscheiden sich die Richterinnen und Richter in zentralen Punkten ihres Arbeitsverhältnisses von jenem anderer Mitarbeitenden in der Staatsverwaltung.

Es ist festzustellen, dass der immer wieder anzubringende Hinweis auf die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter oft als inhaltsleere Floskel aufgefasst wird. So mussten die Gerichte im laufenden Besoldungsrevisions-Projekt in aller Deutlichkeit festhalten, dass die Richterinnen und Richter in der Rechtsprechung unabhängig, somit allein dem Gesetz verpflichtet, sind und die Richterinnen und die Richter in ihrer Kerntätigkeit, der Rechtsprechung, deshalb keine Vorgesetzten kennen, die ihre Arbeit überprüfen oder korrigieren. Die systematische Beurteilung der Arbeit unterstellter Mitarbeitender, wie es der oder die klassische Vorgesetzte in der Staatsverwaltung vornehmen kann und muss, fehlt bei den Richterinnen und Richtern vollends. Vor diesem Hintergrund wird für die Richterinnen und Richter und deren Lohnentwicklung ein eigenes System vorzusehen sein. Der Blick über den Kanton hinaus ergibt im Übrigen, dass es weder im Bund noch in anderen Kantonen Beispiele für eine klassische Leistungsbewertung bei Richterinnen und Richtern gibt. Diesem Punkt wird im weiteren Projekt-Verlauf seitens der Gerichte eine besondere Beachtung zu schenken sein.

## 3.4 Revision Honorarordnung

Bereits in den vorgängigen Amtsberichten wurde auf den Antrag des St.Galler Anwaltsverbandes zur Anpassung der Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten (abgekürzt HonO) und die dadurch ausgelösten Arbeiten hingewiesen (vgl. Amtsbericht 2014, S. 4 und Amtsbericht 2015, S. 12). Kernanliegen des Anwaltsverbandes sind namentlich eine Überprüfung (Erhöhung) der Pauschalansätze und des Streitwerttarifes sowie ein allgemeines Wahlrecht für eine Abrechnung nach Zeitaufwand, soweit ein solches noch nicht besteht (so namentlich in Verwaltungssachen, in Fällen der unentgeltlichen Vertretung in Familiensachen und in Fällen mit amtlicher Verteidigung). Daneben bestehen weitere Anliegen wie die Regelung der Entschädigung des Pikettanwaltes. Wie im Amtsbericht 2015 erwähnt, wurden zur einlässlichen Prüfung der Anliegen des Anwaltsverbandes gerichtsinterne Arbeitsgruppen eingesetzt. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in einem Vorentwurf zusammengestellt und dem Anwaltsverband Ende 2015 eröffnet. In gegenseitiger Absprache wurde dem Anwaltsverband im Berichtsjahr die Möglichkeit für eine ergänzende Begründung seiner Anliegen gewährt. Die entsprechende Eingabe des Anwaltsverbandes ging beim Kantonsgericht im Dezember 2016 ein. Das weitere Vorgehen ist noch zu bestimmen.

## 3.5 Belastungsausgleich unter den Kreisgerichten

Das Kantonsgericht überprüft jährlich die Geschäftslast der Kreisgerichte. Im Berichtsjahr ist das Kantonsgericht zum Schluss gelangt, dass sich ein Belastungsausgleich zwischen einzelnen Kreisgerichten aufdrängt. Der Ausgleich sollte auf der Basis realisiert werden, dass ein Kreisge-

richt zu Gunsten anderer Kreisgerichte entweder Personalkapazität einspart oder Richterkapazität abgibt. Nachdem die direkte Absprache unter den betroffenen Kreisgerichten zu keinem Ergebnis führte, hat das Kantonsgericht den betroffenen Kreisgerichten ein Konzept für einen Belastungsausgleich vorgegeben. Der Umstand, dass auf Stufe der Kreisrichterinnen und Kreisrichter ein Einsatz grundsätzlich nur im eigenen Gerichtskreis möglich ist, erschwert einen Belastungsausgleich, auch wenn Art. 6 Abs. 3 Gerichtsgesetz gestattet, zum Ausgleich der Arbeitsbelastung Richterinnen oder Richter in einem anderen Gerichtskreis einzusetzen. Im Verlauf der Beratungen zur Umsetzung eines entsprechenden Belastungsausgleichs ist das Konzept entstanden, unter den betroffenen Kreisgerichten einen nachhaltigen Belastungsausgleich zu schaffen. Die bei einem Kreisgericht durch Nichtbesetzen bestimmter Personalkapazitäten frei werden den finanziellen Mittel werden nach dem Grad ihrer Bedürfnisse anderen Kreisgerichten zugewiesen. Die jährliche Überprüfung der Geschäftslast soll nur bei grösseren Verwerfungen zu unmittelbaren Massnahmen führen und in der Regel dazu dienen, rechtzeitig auf den Beginn einer neuen Amtsperiode allfällige Anpassungen im Personalbestand, namentlich bei der Zahl der Richterinnen oder Richter vorzunehmen.

### 3.6 Ausschaffungsinitiative und Durchsetzungsinitiative

Im Berichtsjahr ist die vom Bund beschlossene Änderung des Strafgesetzbuches (Umsetzung von Art. 121 Abs. 3-6 BV über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer), welche eine obligatorische oder eine nicht-obligatorische Landesverweisung vorsieht, wenn Ausländer wegen bestimmter Delikte verurteilt werden, am 1. Oktober 2016 in Kraft getreten (Ausschaffungsinitiative). Längere Zeit war nicht klar, ob und wann diese Inkraftsetzung sein würde. Der Bundesrat hatte die Abstimmung über die sogenannte Durchsetzungsinitiative auf Ende Februar 2016 angesetzt. Da die Durchsetzungsinitiative die gleiche Thematik wie die Ausschaffungsinitiative berührte, inhaltlich aber nicht deckungsgleich war, ergaben sich nach verschiedenen Richtungen Unsicherheiten, namentlich bezüglich des Inkrafttretens und des abzuschätzenden Stellenbedarfs. Wäre die Durchsetzungsinitiative angenommen worden, wäre das Umsetzungskonzept zur Ausschaffungsinitiative gegenstandslos geworden, weil die Durchsetzungsinitiative am Tag ihrer Annahme in Kraft getreten wäre. Mit der Ablehnung der Durchsetzungsinitiative war der Weg frei, entsprechende Stellenbegehren für den mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative verbundenen Mehraufwand im Budget 2017 einzugeben. Vor dem Hintergrund der allgemeinen finanziellen Restriktionen im Budgetprozess hat das Kantonsgericht Hand geboten, das ursprünglich vorgesehene Stellenbegehren nur zur Hälfte einzugeben. Etwas überraschend wurde dann das schon reduzierte Stellenbegehren mit Blick auf die allgemeine Vorgabe einer Stellenplafonierung vom Kantonsrat erst ab dem 1. Juni 2017 bewilligt.

### 3.7 Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz

Dem Kantonsgericht ist es ein Anliegen, die Aufsicht über die Kreisgerichte möglichst angemessen auszuüben und dabei auch der Stellung der Kreisgerichtspräsidien möglichst optimal Rechnung zu tragen. Zu einem wichtigen Instrument für die Zusammenarbeit mit den Kreisgerichten ist die Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz geworden. Im Berichtsjahr hat das Kantonsgericht zu drei Konferenzen eingeladen, um wichtige und aktuelle Themen im direkten Gespräch mit den Kreisgerichtspräsidien aufzugreifen. Anlässlich der ersten Konferenz erfolgte eine Orientierung und Schulung der Kreisgerichtspräsidien durch den Generalsekretär zum Thema Besoldungseinrichtungen der Kreisrichterinnen und Kreisrichter wie auch der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. In den nächsten beiden Konferenzen bildete das Hauptthema – wie schon erwähnt – die Geschäftslast der Kreisgerichte. Weitere Themen bildeten ein gerichtsübergreifender «Runder Tisch» zur Ausschaffungsinitiative und die mit der Initiative zusammenhängenden Stellenbegehren für das Kantonsgericht und die Kreisgerichte sowie deren Zuteilung für den Fall der Gutheissung der Stellenbegehren. Ferner wurden unter anderem Themen wie Neues Immobilienmanagement, Anrechnung nicht-juristische Berufserfahrung bei der Besoldungseinreihung, Stand der Besoldungsrevision namentlich bezüglich der Situation der Kreisrichterinnen und Kreisrichter,

Weiterbildung der Schlichtungsbehörden, Personalbefragung der Staatsverwaltung (eigenes Konzept Gerichte), Kurzpraktika von Studierenden an den Gerichten, Fristencontrolling und Parkplatzbewirtschaftung behandelt.

### 3.8 Erfahrungsaustausch Schlichtungsbehörden

Im Berichtsjahr erfolgte je ein Erfahrungsaustausch mit den Präsidien der Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse und mit den Präsidien der Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse. Die Treffen boten Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch und zur Erörterung verschiedener Themen, namentlich betreffend Geschäftslast, Finanzen und Weiterbildung. Weiter fand ein Erfahrungsaustausch mit dem Vorstand des Vermittlerverbandes statt, an welchem verschiedenste Themen namentlich aus den Bereichen Personelles, Weiterbildung und Finanzen erörtert wurden.

### 3.9 Weiterbildung

Im Berichtsjahr fanden unter der Leitung des Kantonsgerichtes wiederum verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen statt. Die Strafkammer des Kantonsgerichtes bot zum Thema «Kuscheljustiz – berechtigter Vorwurf an die Strafjustiz?» einen Erfahrungsaustausch an, der gerichtsübergreifend auch der Staatsanwaltschaft und der Anwaltschaft offen stand. In Zusammenarbeit mit dem St.Galler Anwaltsverband hat die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes eine Tagung zum Thema «Ausgewählte Fragen zum Verfahren» organisiert. Eingeladen zu diesem Erfahrungsaustausch waren interessierte Mitglieder des St.Galler Anwaltsverbandes und der Gerichte. Weiter organisierte das Kantonsgericht zusammen mit der Aufsichtsbehörde der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden eine Veranstaltung zum Thema «Neuerungen beim Kindesunterhalt». Wie jedes Jahr traf die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes zudem mit der familienrechtlichen Abteilung eines Kreisgerichtes zum fachlichen Austausch zusammen. Weiter wurde eine Supervision im Familienrecht angeboten. Für die Vermittlerinnen und Vermittler sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurde unter der Leitung des Kantonsgerichtes eine ganztägige Veranstaltung durchgeführt. Gegenstand der Weiterbildung waren Techniken im Rahmen der Einigungsverhandlungen mit den Parteien, das Formulieren von Vergleichen und Rechtsbegehren und verschiedene rechtliche Fragestellungen im Schlichtungsverfahren. Neben den angeführten Veranstaltungen besuchten die Richterinnen und Richter, die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung im Rahmen der individuellen Weiterbildung verschiedene interne und externe Weiterbildungsveranstaltungen. Sämtliche Weiterbildungsaktivitäten werden über den zentralen Weiterbildungskredit des Kantonsgerichtes finanziert.

Wie im letzten Amtsbericht angezeigt, führte das Kantonsgericht gemeinsam mit der Universität St.Gallen ein Kurzpraktikum für Studierende der Universität St.Gallen durch. Im Sinne der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis soll den Studierenden bereits vor Studienabschluss ein Einblick in die Tätigkeit der st.gallischen Gerichte ermöglicht werden, verbunden mit der Gelegenheit, ihre Kenntnisse aus dem Studium anhand einer praxisbezogenen schriftlichen Arbeit zu vertiefen. Aufgrund der allseits sehr positiven und erfreulichen Rückmeldungen steht aus Sicht der Gerichte einer Fortführung solcher Kurzpraktika nichts entgegen.

Für die Kinder ermöglichte das Kantonsgericht am Nationalen Zukunftstag wiederum in Zusammenarbeit mit dem St.Galler Anwaltsverband und der Staatsanwaltschaft mit einer fiktiven Gerichtsverhandlung im Kantonsgerichtssaal einen Einblick in den Berufsalltag der Akteure im und ums Gericht. Das Angebot stand Kindern von Mitarbeitenden der st.gallischen Gerichte und der Staatsverwaltung, von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und von Mitarbeitenden der Universität St.Gallen offen. Die Teilnahme von 80 Kindern zeigt das breite Interesse an diesem Anlass.

## 3.10 Infrastruktur

### a) Raumsituation Kantonsgericht

Das Kantonsgericht hat seinen Sitz seit Jahren im Klosterhof 1 in der Pfalz. Das Kantonsgericht belegt das gesamte zweite Obergeschoss im Nordflügel und Westflügel. Im ersten Obergeschoss belegt das Kantonsgericht den grössten Teil des Nordflügels und den Westflügel. Trotz dieser räumlichen Ausdehnung sind die Platzverhältnisse beim Kantonsgericht anerkanntermassen knapp. Folge dieser Raumknappheit bildete unter anderem, dass ein Teil des Generalsekretariates an einen externen Standort (Mietobjekt) verlegt werden musste. Nur der Generalsekretär und dessen Stellvertreter verblieben – als Teil der Gerichtsleitung – im Kantonsgericht. Seit Langem ersuchte das Kantonsgericht deshalb um zusätzlichen Büroraum im ersten Obergeschoss des Nordflügels des Klosterhofs. Im Berichtsjahr zeichnete sich nun vorerst ab, dass dem Kantonsgericht ein zusätzliches Büro und bei der Beratung der konkreten Umsetzung noch ein weiteres Büro zugewiesen werden sollten. Im Sinn eines Ausblicks kann bereits an dieser Stelle festgehalten werden, dass das Kantonsgericht dies zum Anlass nahm, beim Hochbauamt nachzufragen, ob angesichts der in Aussicht stehenden Raumerweiterung nicht sogleich der ganze Nordflügel dem Kantonsgericht zugewiesen werden könnte. Dies mit der Überlegung, dass das Generalsekretariat wieder in den Klosterhof überführt werden könnte und dadurch der Mietzins des frei werdenden Mietobjektes entfallen würde, was nicht zuletzt auch der Strategie des Kantons entspräche. Das Hochbauamt und die mitbetroffene Staatskanzlei boten zu diesem Vorschlag Hand.

### b) Raumsituation Kreisgericht See-Gaster

Das Kreisgericht See-Gaster hat seinen Sitz in Uznach. Die Räume des Gerichtes sind in einer privaten Liegenschaft auf mehrere Stockwerke verteilt und die Raumsituation ist aus verschiedenen Gründen sowohl für die an den Gerichtsverfahren beteiligten Parteien wie auch für die Mitarbeitenden des Kreisgerichtes nicht befriedigend. An einer Optimierung der Raumsituation, namentlich mit Blick auf die betrieblichen Abläufe, besteht deshalb ein beträchtliches Interesse. Ein Neubauprojekt in Uznach gab im Berichtsjahr Gelegenheit, in Zusammenarbeit mit dem Baudepartement, Möglichkeiten für eine Verbesserung der Raumsituation und der Gerichtsinfrastruktur zu prüfen. Für das Kreisgericht See-Gaster sind die Bedeutung des Projektes und die damit verbundenen Erwartungen hoch.

## 3.11 eProjekte

Immer mehr Informatik-Projekte mit dem Thema «e» sind auf Kantons- und Bundesebene zu verzeichnen. Bei verschiedenen Projekten sind oder werden die Gerichte mittelbar oder unmittelbar berührt sein. Als eines davon zu nennen ist das Projekt «eDossier Gerichte». Dieses Projekt steht unter der Federführung des Bundesgerichtes. Das Projekt soll durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Bundesgerichtes und der kantonalen Obergerichte auf der Stufe Generalsekretariate geleitet werden. In der Arbeitsgruppe vertreten sind die Kantone Zürich, Bern, St.Gallen, Luzern, Fribourg, Basel-Stadt, Genève und Neuchâtel. Mit der provisorischen Zusage seitens der st.gallischen Gerichte, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken, soll ein direkter Informationsfluss sichergestellt werden. Es sind aber verschiedene wesentliche Fragen noch unbeantwortet wie Rechtsgrundlagen, organisatorische Zuständigkeiten, Finanzierung, Koordination zwischen Bund und Kantonen sowie weiteren e-Projekten, so dass das weitere konkrete Vorgehen noch offen ist.

Ein weiteres Projekt mit direktem Bezug für die Gerichte ist das Projekt Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (HIS) unter der Federführung des Bundes und der Kantone. Weitere Projekte auf kantonaler Ebene gibt es in den Bereichen eRecruiting, GEVER-Strategie 2015-2024 oder eDossier (elektronische Personalakte).

### 3.12 Vernehmlassungen und Umfragen

Im Berichtsjahr wurde das Kantonsgericht zur Vernehmlassung zu verschiedenen Erlassen auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene eingeladen. Beispielhaft zu erwähnen sind: Änderung des Zivilgesetzbuches (Erbrecht), Änderung des Obligationenrechts (Auftragsrecht), Modifizierung von Art. 53 StGB, Übereinkommens des Europarats gegen die Manipulation von Sportwettbewerben, III. Nachtrag zum Übertretungsstrafgesetz, II. Nachtrag zur Verordnung über die Prüfung der Grundbuchverwalter, Verordnung über die Einführung der Landesverweisung. Neben den erwähnten Erlassen wurde das Kantonsgericht namentlich zu folgenden Geschäften zum Mitbericht eingeladen: Motion «Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten», Ratifikation der Programmvereinbarung «Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz» HIS, IT-Strategie SG 2016+, Einfache Anfrage zur «Zwangsheirat», Postulat Amtsärzte.

Immer wieder werden die Gerichte zudem zu Umfragen beigezogen, welche zum Teil nur mit aufwendigen Abklärungen erledigt werden können. Im Berichtsjahr erfolgte beispielsweise eine sehr umfangreiche Erhebung im Rahmen der Evaluation der europäischen Justizsysteme (Europäische Kommission für die Effizienz der Justiz; CEPEJ). Jeder Kanton ist gehalten, daran teilzunehmen. Das Bundesgericht trägt die Ergebnisse der Kantone zur Evaluation der «Schweizer Justiz» zusammen. Die Beantwortung einer Vielzahl von Fragen ist mit beträchtlichem Aufwand verbunden. Sodann gibt es regelmässig Umfragen anderer Amtsstellen, sei es durch Obergerichte anderer Kantone, durch Bundes- und kantonale Stellen, durch Universitäten, dann aber auch durch private Organisationen oder oft auch durch einzelne Private wie Doktoranden. Die Anfragen betreffen in der Regel durchaus justizrelevante Themen. Es ist jedoch eine Frage der Personalressourcen, ob und wie weit auf solche Anfragen eingegangen werden kann.

### 3.13 Konferenz der Gerichte

Im Berichtsjahr verabschiedete der Kantonsrat den VII. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (RIS 22.15.16) und den VIII. Nachtrag zum Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richter (RIS 23.15.01). Für die Stufe der Gerichte als solche von Bedeutung ist unter anderem, dass das Versicherungsgericht, wie es die neue Konzeption vorsieht, aus der bisherigen administrativen Aufsicht des Verwaltungsgerichtes entlassen wird. Regierung und Staatsverwaltung sind seit jeher strukturell organisiert und vernetzt. Mit der Schaffung einer «Konferenz der Gerichte» soll institutionell sichergestellt werden, dass das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht und neu das dazu kommende Versicherungsgericht in gemeinsamen Belangen auf der Stufe Gerichte einen systematischen Austausch und eine Koordination pflegen. Damit soll die Dritte Staatsgewalt in der Lage sein, ihrer Stellung entsprechend namentlich gegenüber Parlament, Regierung, Verwaltung und Dritten angemessen wahrgenommen werden zu können und als Folge bei gerichtsübergreifenden Themen («Querschnittsthemen») effektiv einbezogen zu werden. Im Gegenzug als Vereinfachung soll Kantonsrat, Regierung und Verwaltung sowie Dritten ermöglicht werden, im Einzelfall an die Konferenz der Gerichte zu gelangen und nicht jedes Gericht separat begrüssen zu müssen. Nachdem das Generalsekretariat des Kantonsgerichtes bereits heute faktisch in vielen Bereichen die entsprechenden Arbeiten auf Stufe Gerichte koordiniert und erledigt, ist vorgesehen, es als Geschäftsstelle der Konferenz zu bezeichnen.

Nur mittelbar, aber doch damit im Zusammenhang steht die Frage des Einbezugs der Gerichte in die Generalsekretäre-Konferenz der Staatskanzlei und der Departemente. Seitens der Gerichte ist schon lange bemängelt worden, dass die Staatsverwaltung, namentlich in der Form der Generalsekretäre-Konferenz, in vielen Bereichen auch für die Gerichte Entscheidungen trifft, ohne dass diese eine echte Mitsprachemöglichkeit beziehungsweise nicht einmal Kenntnis über entsprechende Entscheidungsabläufe haben. Nachdem Kantonsgericht und Verwaltungsgericht sich im Berichtsjahr an die Regierung gewandt haben, wird dem Anliegen der Gerichte entsprochen und der Generalsekretär der Gerichte künftig grundsätzlich zu den Sitzungen der Generalsekretäre-Konferenz eingeladen. Es herrscht gegenseitig Einigkeit, dass der Beizug zur Beratung von Quer-

schnittsthemen unter Ausklammerung politischer Themen gilt und dass das genaue Prozedere sich in der konkreten Praxis noch abzeichnen wird.

## 4 Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 65 Bewerberinnen und Bewerber:

Bär Marco, M.A. HSG in Law	Lenz Stephanie, MLaw
Biedermann Katrin, MLaw	Meili Katja, M.A. HSG in Law
Birguel Ahmet, M.A. HSG in Law	Mörtl Fabian, Dr. iur.
Bosshardt Hannes, MLaw	Moser Cornelia, MLaw
Brunett Flurina, M.A. HSG in Law	Müller Franziska, MLaw
Bürgi Gabriela, Dr. iur.	Müller Mathias, MLaw
Dunjic Ivan, M.A. HSG in Law	Oeri Hans-Peter, Dr. iur.
Enderli Mathias, M.A. HSG in Law	Rapaj-Coli Arta, MLaw
Francke Zubair Nadja, MLaw	Rechsteiner David, Dr. iur.
Frei Franziska, M.A. HSG in Law	Rischatsch Annina, MLaw
Frey Monica, MLaw	Salminen Jessica, M.A. HSG in Law and Economics
Füllemann Fabian, MLaw	Santschi Jurij, MLaw
Gautschi Adrian, lic. iur.	Schäke Cyrill, M.A. HSG in Law and Economics
Gertsch Benjamin, MLaw	Schmid Linda, MLaw
Götz Sebastian, M.A. HSG in Law and Economics	Schneuwly Anne Mirjam, Dr. iur.
Gratwohl Patrizia, M.A. HSG in Law	Schori Livia, MLaw
Gremminger Ursina, M.A. HSG in Law	Seiler Corinna, M.A. HSG in Law and Economics
Harder Stefanie, MLaw	Seitz Anke, M.A. HSG in Law and Economics
Hiltbrunner Saskia, MLaw	Siebenmann Christoph, M.A. HSG in Law
Hochreutener Ursina, MLaw	Sieber Patrick, M.A. HSG in Law
Hofer Céline, M.A. HSG in Law	Stadler Philipp, M.A. HSG in Law
Hofstetter Evelyne, lic. iur.	Tanner Anne-Cathrine, M.A. HSG in Law and Economics
Hug Fabienne, MLaw	Thürlimann Andres, MLaw
Husidic Jasmina, MLaw	Vorburger Alice, M.A. HSG in Law
Iannelli Yari Antonio, MLaw	Weltert Michael, MLaw
Jabbour Ivan, MLaw	Wenk Stephan, MLaw
Jaenke Tanja, MLaw	Widmer Christian, M.A. HSG in Law
Keraj Visar, M.A. HSG in Law	Wüthrich Urs, lic. iur.
Kleger Kevin, M.A. HSG in Law	Wyrsh Samuel, MLaw
Klingler Désirée, MLaw	Wyss Melanie, MLaw
König Eva Maria, MLaw	Züger Raphael, MLaw
Kubli Linda, Dr. iur.	Zumbrunn Nicolas S., lic. iur.
Landolt Bettina, MLaw	

## 5 Rechtsagentenpatente

Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 11 Bewerberinnen und Bewerber:

Bannwart Robin	Schilter Marc
Geser Kurt	Schlegel Carmen
Hado Caroline	Stähli Marc
Häne Sibylle	Stübi Marco
Jenny Nicolas	Zeller Beatrice
Rüegg Adrian	

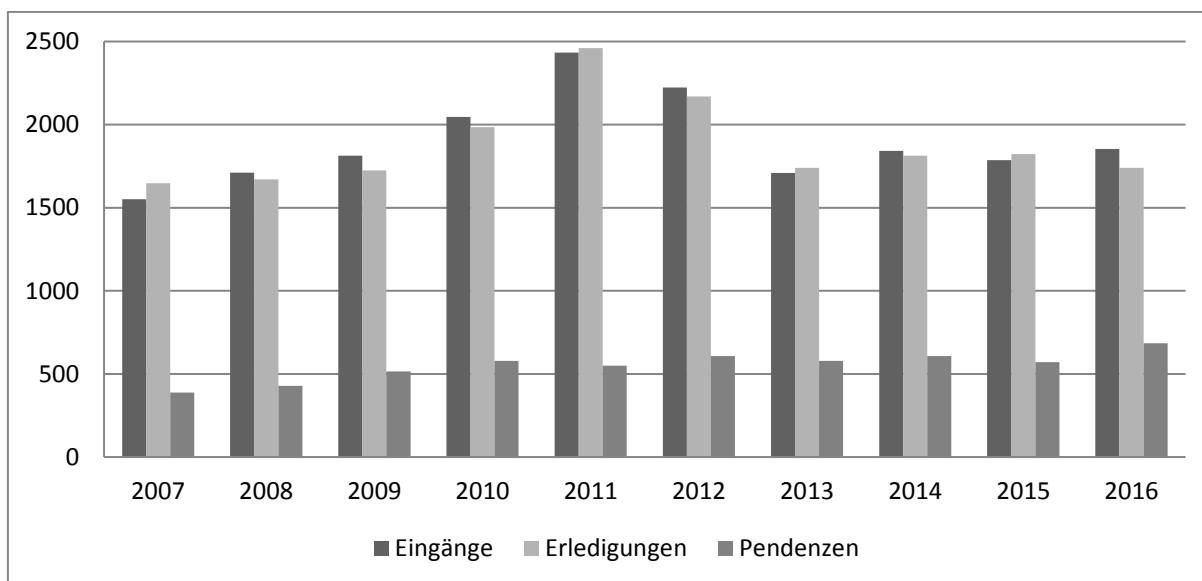


## 6 Anhang: Statistik <sup>1</sup>

### I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

#### Entwicklung Geschäftslast Kantonsgericht mit Handelsgericht und Anklagekammer

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Eingänge.....</b>	1552	1711	1813	2047	2433	2224	1710	1842	1786	1854
<b>Erledigungen....</b>	1648	1670	1725	1985	2461	2169	1740	1814	1823	1740
<b>Pendenzen.....</b>	388	429	516	578	550	607	579	608	571	684



<sup>1</sup> Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2.2 bis 2.5 für *ergänzende* Angaben.

## Gesamtübersicht

	Eingänge				Geschäftslast 2016 <sup>2</sup>	Erledigungen 2016	Pendenzen (Ende Jahr)			
	2013	2014	2015	2016			2016	2015	2014	2013
<b>I. Zivilkammer</b>										
Kammerfälle .....	11	11	9	13	24	8	16	11	11	7
Verfahrensleitende Verfügungen .....	4	3	1	3	3	2	1	-	1	-
<b>II. Zivilkammer</b>										
Kammerfälle .....	45	57	52	50	99	45	54	49	46	31
Verfahrensleitende Verfügungen .....	52	53	68	55	115	64	51	60	37	24
<b>III. Zivilkammer</b>										
Kammerfälle .....	53	42	47	72	108	58	50	36	36	48
Verfahrensleitende Verfügungen .....	29	11	12	14	16	14	2	2	2	3
<b>Strafkammer</b>										
Kammerfälle .....	109	117	124	164	250	132	118	86	101	118
Verfahrensleitende Verfügungen .....	75	59	59	56	59	56	3	3	3	5
<b>Handelsgericht</b>										
Kollegialfälle .....	66	68	55	54	168	67	101	114	112	106
Präsidialfälle .....	212	202	170	159	203	150	53	44	60	79
<b>Aufsichtsbehörde SchK u. HReg</b>	34	73	81	44	53	50	3	9	5	8
<b>Anklagekammer</b>										
Kammerfälle .....	271	336	310	387	437	353	84	50	63	39
Präsidialfälle .....	63	52	65	68	80	64	16	12	9	9
<b>Anwaltskammer</b>										
Kammerfälle .....	10	9	5	4	7	4	3	3	2	6
Präsidialfälle .....	73	77	75	85	88	79	9	3	4	6
<b>Einzelrichter:</b>										
- im Personen-, Erb-, Sachenrecht .....	13	22	23	14	20	15	5	6	6	2
- in Familiensachen .....	141	174	162	116	164	107	57	48	60	41
- im Obligationenrecht .....	68	74	81	61	74	55	19	13	18	14
- im SchKG-Verfahren .....	114	136	124	92	106	89	17	14	21	24
- Rechtshilfe und Schiedsgericht .....	217	230	230	312	319	299	20	7	11	7
<b>Kantonsgerichtspräsidium</b>	50	36	33	31	31	29	2	-	-	2
	<b>1710</b>	<b>1842</b>	<b>1786</b>	<b>1854</b>	<b>2424</b>	<b>1740</b>	<b>684</b>	<b>571</b>	<b>608</b>	<b>579</b>

<sup>2</sup> Falleingänge 2016 zuzüglich Pendenzen Ende 2015.

## Pendente Fälle per 31. Dezember 2016

	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2013 oder früher	2014	2015	2016
<b>I. Zivilkammer</b>					
Kammerfälle .....	16	-	5	1	10
Verfahrensleitende Verfügungen .....	1	-	-	-	1
<b>II. Zivilkammer</b>					
Kammerfälle .....	54	-	3	11	40
Verfahrensleitende Verfügungen .....	51	-	3	15	33
<b>III. Zivilkammer</b>					
Kammerfälle .....	50	2	-	4	44
Verfahrensleitende Verfügungen .....	2	1	-	-	1
<b>Strafkammer</b>					
Kammerfälle .....	118	1	2	21	94
Verfahrensleitende Verfügungen .....	3	-	-	-	3
<b>Handelsgericht</b>					
Kollegialfälle .....	101	24 <sup>3</sup>	14	22	41
Präsidialfälle .....	53	1	3	2	47
<b>Aufsichtsbehörde SchK u. HReg</b>					
	3	-	-	-	3
<b>Anklagekammer</b>					
Kammerfälle .....	84	-	-	-	84
Präsidialfälle .....	16	-	-	-	16
<b>Anwaltskammer</b>					
Kammerfälle .....	3	-	1	-	2
Präsidialfälle .....	9	-	-	-	9
<b>Einzelrichter:</b>					
- im Personen-, Erb-, Sachenrecht .....	5	-	-	-	5
- in Familiensachen .....	57	-	-	7	50
- im Obligationenrecht .....	19	-	-	-	19
- im SchKG-Verfahren .....	17	-	-	-	17
- Rechtshilfe und Schiedsgericht .....	20	-	-	-	20
<b>Kantonsgerichtspräsidium</b>					
	2	-	-	-	2
	<b>684</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>83</b>	<b>541</b>

<sup>3</sup> Hinweis: 11 Fälle betreffen eine gleiche Baustreitigkeit mit einer Vielzahl von Parteien.

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht.....	-	2	2	1	-	1	1	-	-	1
Erbrecht .....	8	2	10	2	1	3	7	-	2	-
Sachenrecht.....	3	9	12	3	1	4	8	-	1	2
Verfügungen Departement .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	11	13	24	6	2	8	16	-	3	3
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	-	2	2	2	-	2	-	1	-	1
Sicherheitsleistung.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	-	3	3	2	-	2	1	1	-	1
Insgesamt	11	16	27	8	2	10	17	1	3	4

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<b>II. Zivilkammer</b>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Berufungen nach Sachgebiet										
Scheidungen/Scheidungsfolgen	26	18	44	22	-	22	22	1	19	2
Abänderungen .....	6	10	16	5	1	6	10	-	4	1
Volljährigenunterhalt .....	2	1	3	1	-	1	2	-	-	1
Vaterschaft .....	1	1	2	-	-	-	2	-	-	-
Entscheide Departement (Kindes- /Vormundschaftsrecht)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	7	2	9	4	-	4	5	-	4	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>42</b>	<b>32</b>	<b>74</b>	<b>32</b>	<b>1</b>	<b>33</b>	<b>41</b>	<b>1</b>	<b>27</b>	<b>4</b>
Beschwerden Kindes- und Erwachsenenschutz										
Fürsorgerische Unterbringung ..	1	4	5	-	4	4	1	-	-	-
Verschiedenes .....	6	14	20	7	1	8	12	-	-	7
<b>Zwischentotal</b>	<b>7</b>	<b>18</b>	<b>25</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>7</b>
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	8	6	14	7	4	11	3	4	3	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	52	45	97	42	7	49	48	41	-	1
Sicherheitsleistung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	4	4	4	-	4	-	2	1	1
<b>Zwischentotal</b>	<b>60</b>	<b>55</b>	<b>115</b>	<b>53</b>	<b>11</b>	<b>64</b>	<b>51</b>	<b>47</b>	<b>4</b>	<b>2</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>109</b>	<b>105</b>	<b>214</b>	<b>92</b>	<b>17</b>	<b>109</b>	<b>105</b>	<b>48</b>	<b>31</b>	<b>13</b>

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>III. Zivilkammer</i>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpfltrecht .....	3	3	6	2	-	2	4	2	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht.....	2	12	14	6	-	6	8	-	1	5
Miet- und Pachtrecht.....	5	11	16	6	1	7	9	-	1	5
Arbeitsvertragsrecht.....	9	14	23	10	1	11	12	3	1	6
Werkvertragsrecht.....	5	7	12	5	-	5	7	-	3	2
Auftrag .....	-	2	2	1	-	1	1	-	-	1
Gesellschaftsrecht .....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Übriges Obligationenrecht .....	9	7	16	9	-	9	7	1	1	7
Gleichstellung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht .....	1	1	2	1	-	1	1	-	-	1
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.....	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Öffentlich-rechtliche Verant- wortlichkeit .....	1	-	1	-	1	1	-	-	-	-
Verfügungen Departement .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Direktprozesse										
Urheberrecht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Prorogationen .....	-	13	13	13	-	13	-	-	-	13
Zwischentotal	36	72	108	54	4	58	50	6	7	41
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	1	10	11	9	-	9	2	5	-	4
Sicherheitsleistung.....	-	4	4	3	1	4	-	1	-	2
Verschiedenes .....	1	-	1	-	1	1	-	-	-	-
Zwischentotal	2	14	16	12	2	14	2	6	-	6
Insgesamt	38	86	124	66	6	72	52	12	7	47

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Strafkammer</i>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Berufungen nach Sachgebiet										
Delikte gegen Leib und Leben ...	11	30	41	15	6	21	20	3	5	7
Vermögens- und Urkunden- delikte.....	18	33	51	24	4	28	23	3	8	13
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich .....	-	3	3	1	-	1	2	-	-	1
Delikte gegen die Freiheit .....	7	8	15	7	-	7	8	-	3	4
Sexualdelikte.....	9	13	22	9	1	10	12	-	2	7
Übrige Delikte des StGB .....	10	9	19	9	3	12	7	-	3	6
Ausländergesetz .....	1	8	9	3	-	3	6	-	1	2
Betäubungsmittel .....	11	14	25	13	4	17	8	-	3	10
Strassenverkehr.....	14	19	33	17	2	19	14	2	6	9
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes .....	2	11	13	5	1	6	7	1	-	4
Kantonales Strafrecht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erläuterung/Berichtigung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wiederherstellung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Selbständiger nachträglicher Entscheid .....	-	3	3	2	1	3	-	1	-	1
Revision .....	1	9	10	2	-	2	8	1	-	1
Neubeurteilung.....	1	3	4	-	1	1	3	-	-	-
Verschiedenes .....	1	1	2	2	-	2	-	1	-	1
Zwischentotal	86	164	250	109	23	132	118	12	31	66
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Amtliche Verteidigung.....	2	41	43	39	1	41	2	35	-	4
Unentgeltliche Rechtspflege .....	1	11	12	12	-	12	-	12	-	-
Übrige verfahrensleitende Entscheide .....	-	4	4	2	1	3	1	-	1	1
Zwischentotal	3	56	59	53	3	56	3	47	1	5
Insgesamt	89	220	309	162	26	188	121	59	32	71

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Handelsgericht</i>										
<b>Zuständigkeit des Gerichts</b>										
Haftpflichtrecht .....	2	-	2	1	1	2	-	-	1	-
Ungerechtfertigte Bereicherung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht.....	8	5	13	-	4	4	9	-	-	-
Miet- und Pachtrecht.....	6	2	8	5	1	6	2	-	3	2
Werkvertragsrecht.....	58	20	78	7	26	33	45	1	3	3
Auftrag .....	6	8	14	1	2	3	11	1	-	-
Weitere Vertragsverhältnisse.....	13	5	18	4	5	9	9	-	-	4
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	-	3	3	-	1	1	2	-	-	-
Übriges Gesellschaftsrecht.....	4	2	6	-	3	3	3	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
UWG .....	5	-	5	-	2	2	3	-	-	-
Kartellrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Namen-/Firmenrecht.....	1	2	3	-	2	2	1	-	-	-
Markenrecht .....	1	2	3	1	-	1	2	1	-	-
Patentrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schutz von Design .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Urheberrecht .....	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-
Sachenrecht.....	6	1	7	-	-	-	7	-	-	-
Verschiedenes .....	3	4	7	-	1	1	6	-	-	-
Zwischentotal	114	54	168	19	48	67	101	3	7	9



	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<b>Zuständigkeit des Präsidenten</b>										
Vorsorgliche Massnahmen										
OR.....	5	9	14	2	8	10	4	1	1	-
Immaterialgüterrecht.....	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-
UWG.....	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
ZGB.....	2	5	7	1	3	4	3	1	-	-
Einsetzung eines Sonderprüfers....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung.....	7	-	7	-	3	3	4	-	-	-
Mängel in der Gesellschafts- organisation.....	23	122	145	86	21	107	38	85	-	1
Entgegennahme einer Schutz- schrift.....	1	3	4	3	-	3	1	3	-	-
Sicherheitsleistung.....	2	1	3	3	-	3	-	1	1	1
Unentgeltliche Rechtspflege.....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Verschiedenes.....	4	15	19	10	9	19	-	2	-	8
Zwischentotal	44	159	203	105	45	150	53	93	2	10
Insgesamt	158	213	371	124	93	217	154	96	9	19

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Aufsichtsbehörde für Schuldbetrei- bung und Konkurs und über das Handelsregister</i>										
<b>A. Schuldbetreibung und Konkurs</b>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Beschwerden gegen untere Auf- sichtsbehörde.....	2	17	19	18	1	19	-	2	-	16
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren.....	4	11	15	11	2	13	2	8	-	3
Gebührenverordnung.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Disziplinar massnahmen.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	3	3	3	-	3	-	1	-	2
Zwischentotal	6	31	37	32	3	35	2	11	-	21
<b>Zuständigkeit des Präsidenten</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Unentgeltliche Rechtspflege .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
<b>B. Handelsregister</b>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Eintragungen.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Löschungen .....	3	11	14	2	11	13	1	-	-	2
Gebühren und Kosten.....	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	3	12	15	2	12	14	1	-	-	2
Insgesamt	9	44	53	35	15	50	3	11	-	24

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Anklagekammer</i>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Verfahrenshandlungen										
Polizei .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwaltschaft.....	1	8	9	7	1	8	1	1	-	6
Jugendanwaltschaft .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwangsmassnahmengericht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreisgericht .....	2	8	10	9	-	9	1	2	-	7
Nichtanhandnahme/Nichtzulassung .....	13	61	74	51	9	60	14	3	1	47
Einstellung und Sistierung .....	2	35	37	27	3	30	7	7	1	19
Amtliche Verteidigung/uRp .....	4	10	14	10	-	10	4	2	1	7
Entschädigung amtliche Verteidigung/uRp .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Entschädigung und Genugtuung ...	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Aktenführung und Akteneinsicht .....	-	4	4	3	1	4	-	-	-	3
Beweiserhebung und Beweiswertung .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Teilnahmerechte .....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Untersuchungs- und Sicherheitshaft .....	5	20	25	19	1	20	5	-	1	18
Schutzmassnahmen und Beobachtung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erkennungsdienstliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Durchsuchung und Untersuchung .....	-	8	8	6	1	7	1	-	-	6
Beschlagnahme .....	2	16	18	17	1	18	-	2	-	15
Verdeckte Zwangsmassnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nachträgliche richterliche Entscheide .....	2	3	5	1	1	2	3	1	-	-
Vollzug .....	1	11	12	10	2	12	-	-	-	10
Amtliche Aufsicht .....	-	3	3	-	3	3	-	-	-	-
Disziplinarrecht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ermächtigungsverfahren.....	16	176	192	147	-	147	45	27	-	120
Ausstand .....	1	14	15	14	-	14	1	-	-	14
Gerichtsstand und nationale Rechtshilfe .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Internationale Rechtshilfe .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wiederaufnahme.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rechtsverzögerung.....	1	7	8	6	1	7	1	3	-	3
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>50</b>	<b>387</b>	<b>437</b>	<b>329</b>	<b>24</b>	<b>353</b>	<b>84</b>	<b>48</b>	<b>4</b>	<b>277</b>
<b>Zuständigkeit des Präsidenten</b>										
Nichtanhandnahme/Nichtzulassung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstellung und Sistierung .....	-	2	2	1	-	1	1	1	-	-
Kosten .....	2	2	4	2	-	2	2	1	-	1
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	9	9	9	-	9	-	2	-	7
Amtliche Verteidigung/uRp .....	10	55	65	43	9	52	13	10	1	32
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>12</b>	<b>68</b>	<b>80</b>	<b>55</b>	<b>9</b>	<b>64</b>	<b>16</b>	<b>14</b>	<b>1</b>	<b>40</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>62</b>	<b>455</b>	<b>517</b>	<b>384</b>	<b>33</b>	<b>417</b>	<b>100</b>	<b>62</b>	<b>5</b>	<b>317</b>

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Anwaltskammer</i>										
<b>Zuständigkeit der Kammer</b>										
Disziplinarverfahren gegen Anwälte .....	3	4	7	4	-	4	3	2	-	2
Massnahmen gegen Dritte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einsprache gegen Registereintrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	3	4	7	4	-	4	3	2	-	2
<b>Zuständigkeit des Präsidenten</b>										
Begutachtung von Anwaltsrechnungen .....	1	-	1	-	1	1	-	-	-	-
Entbindung vom Berufsgeheimnis .	-	5	5	3	2	5	-	1	1	1
Eröffnung Disziplinarverfahren .....	1	19	20	17	-	17	3	2	-	15
Schriftliche Auskünfte .....	1	31	32	1	29	30	2	-	-	1
Erteilung Anwaltspatent <sup>4</sup> .....	-	65	65	65	-	65	-	65	-	-
Erteilung Rechtsagentenpatent <sup>4</sup> ...	-	11	11	11	-	11	-	11	-	-
Erteilung Rechtspraktikantenbewilligung <sup>4</sup> .....	-	34	34	34	-	34	-	34	-	-
Eintrag in Anwaltsregister <sup>4</sup> .....	-	31	31	31	-	31	-	31	-	-
Eintrag in Anwaltsliste EU <sup>4</sup> .....	-	2	2	2	-	2	-	2	-	-
Verschiedenes .....	-	30	30	3	23	26	4	2	-	1
Zwischentotal	3	85	88	24	55	79	9	5	1	18
Insgesamt	6	89	95	28	55	83	12	7	1	20

<sup>4</sup> Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>Einzelrichter im Personen-, Erb- und Sachenrecht</i>										
Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren										
Rechtsschutz in klaren Fällen...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Massnahmen .....	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Vorsorgliche Beweisführung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>1</b>
Beschwerden (Art. 321 Abs. 1 ZPO)										
Personenrecht.....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Erbrecht .....	4	1	5	5	-	5	-	-	1	4
Sachenrecht.....	-	3	3	1	1	2	1	-	-	1
Verfügungen Departement (Namen-/Erbrecht) .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Beschwerden (Art. 321 Abs. 2 ZPO)										
Rechtsschutz in klaren Fällen...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vollstreckung .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Prozessleitende Verfügungen...	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	1	3	4	4	-	4	-	2	1	1
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>5</b>	<b>10</b>	<b>15</b>	<b>11</b>	<b>2</b>	<b>13</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>7</b>
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	-	3	3	1	-	1	2	1	-	-
Sicherheitsleistung.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>6</b>	<b>14</b>	<b>20</b>	<b>13</b>	<b>2</b>	<b>15</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>2</b>	<b>8</b>

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Einzelrichter in Familiensachen</i>										
Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren										
Vorsorgliche Massnahmen .....	9	7	16	7	3	10	6	2	5	-
Eheschutz .....	7	24	31	11	3	14	17	1	8	2
Übrige Summarverfahren Familienrecht .....	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	17	31	48	18	6	24	24	3	13	2
Beschwerden (Art. 321 ZPO)										
Prozessleitende Verfügungen...	-	3	3	2	-	2	1	-	-	2
Unentgeltliche Rechtspflege .....	3	4	7	6	-	6	1	1	3	2
Kostenbeschwerde .....	1	3	4	3	-	3	1	-	1	2
Verschiedenes .....	2	6	8	4	3	7	1	-	-	4
Zwischentotal	6	16	22	15	3	18	4	1	4	10
Beschwerden Kindes- und Erwachsenenenschutz										
Unentgeltliche Rechtspflege .....	-	5	5	3	1	4	1	2	1	-
Verschiedenes .....	2	5	7	4	1	5	2	2	1	1
Zwischentotal	2	10	12	7	2	9	3	4	2	1
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	1	11	12	6	1	7	5	2	1	3
Unentgeltliche Rechtspflege .....	22	39	61	26	14	40	21	23	1	2
Sicherheitsleistung.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	9	9	7	2	9	-	4	1	2
Zwischentotal	23	59	82	39	17	56	26	29	3	7
Insgesamt	48	116	164	79	28	107	57	37	22	20

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter im Obligationenrecht</i>										
Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren										
Rechtsschutz in klaren Fällen (Mieter-/Pächterausweisung)....	-	10	10	10	-	10	-	1	-	9
Rechtsschutz in klaren Fällen (übrige).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	-	10	10	10	-	10	-	1	-	9
Beschwerden (Art. 321 Abs. 1 ZPO)										
Haftpflichtrecht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht.....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Miet- und Pachtrecht.....	3	7	10	5	-	5	5	-	-	5
Arbeitsvertragsrecht.....	-	5	5	-	1	1	4	-	-	-
Werkvertragsrecht.....	-	2	2	1	1	2	-	1	-	-
Auftrag .....	-	2	2	2	-	2	-	-	1	1
Gesellschaftsrecht .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Obligationenrecht .....	2	3	5	3	-	3	2	-	2	1
Gleichstellung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.....	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verfügungen Departement .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschwerden (Art. 321 Abs. 2 ZPO)										
Rechtsschutz in klaren Fällen (Mieter-/Pächterausweisung)....	1	4	5	4	-	4	1	-	-	4
Rechtsschutz in klaren Fällen (übrige).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-



	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vollstreckung .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Prozessleitende Verfügungen...	2	7	9	5	3	8	1	-	1	4
Ausstand .....	2	-	2	1	1	2	-	-	-	1
Unentgeltliche Rechtspflege .....	-	4	4	1	1	2	2	-	-	1
Verschiedenes .....	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
<b>Zwischentotal</b>	<b>10</b>	<b>39</b>	<b>49</b>	<b>25</b>	<b>8</b>	<b>33</b>	<b>16</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>20</b>
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	2	2	2	-	2	-	2	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	1	5	6	5	-	5	1	1	-	4
Sicherheitsleistung.....	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Verschiedenes .....	2	4	6	5	-	5	1	1	-	4
<b>Zwischentotal</b>	<b>3</b>	<b>12</b>	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>12</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>-</b>	<b>8</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>13</b>	<b>61</b>	<b>74</b>	<b>47</b>	<b>8</b>	<b>55</b>	<b>19</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>37</b>

#### Einzelrichter im SchKG-Verfahren

##### Beschwerden nach Sachgebiet

Provisorische Rechtsöffnung .....	1	17	18	12	1	13	5	2	1	9
Definitive Rechtsöffnung.....	5	21	26	22	2	24	2	-	1	21
Bewilligung des Rechtsvor- schlags.....	1	7	8	1	5	6	2	-	-	1
Konkurseröffnungen.....	6	40	46	38	2	40	6	30	1	7
Sicherheitsleistungen.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insolvenzerklärungen.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arrestverfahren .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Nachlassverfahren .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Übrige SchKG-Verfahren/ Wechselbetreibung .....	1	-	1	-	1	1	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	3	3	1	1	2	1	1	-	-
<b>Zwischentotal</b>	<b>14</b>	<b>90</b>	<b>104</b>	<b>76</b>	<b>12</b>	<b>88</b>	<b>16</b>	<b>33</b>	<b>3</b>	<b>40</b>

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<b>Verfahrensleitende Verfügungen</b>										
Vorsorgliche Massnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege .....	-	2	2	-	1	1	1	-	-	-
Sicherheitsleistung.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	-	2	2	-	1	1	1	-	-	-
Insgesamt	14	92	106	76	13	89	17	33	3	40

*Einzelrichter für Rechtshilfe-  
und Schiedsgerichtswesen*

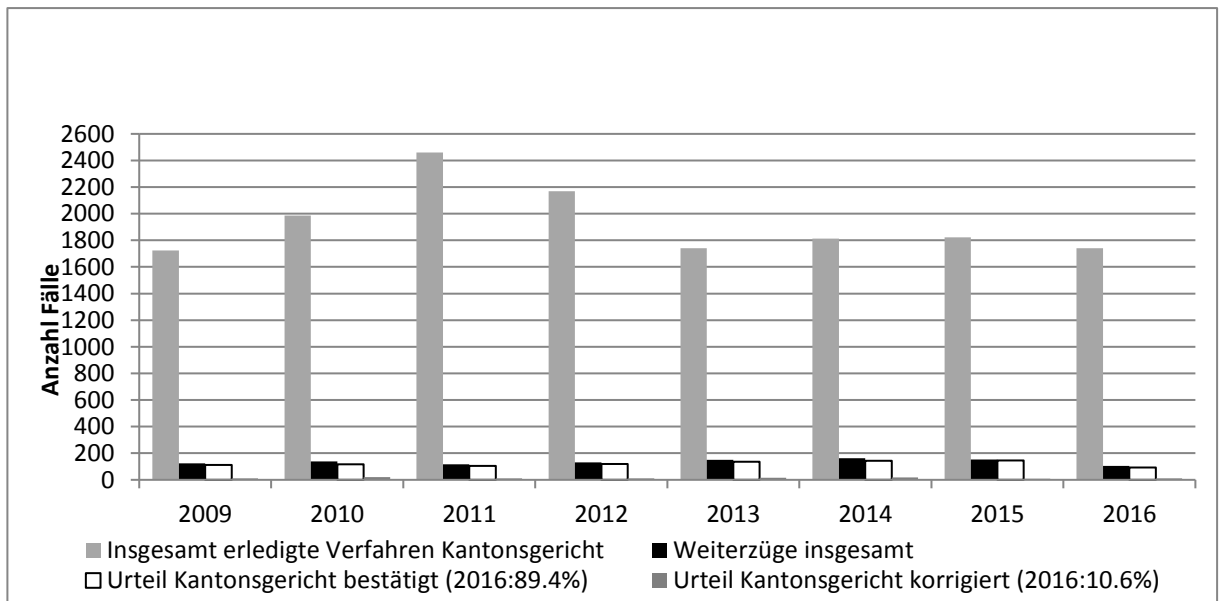
Rechtshilfe .....	7	311	318	4	294	298	20	-	-	4
Schiedsgerichtssachen .....	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
	7	312	319	5	294	299	20	1	-	4

*Kantonsgerichtspräsidium*

Aktenherausgabe.....	-	17	17	14	2	16	1	11	-	3
Ausstandsbegehren .....	-	1	1	1	-	1	-	-	-	-
Überweisung an anderes Gericht ..	-	3	3	2	-	2	1	2	-	-
Verschiedenes .....	-	10	10	5	5	10	-	2	-	3
	-	31	31	22	7	29	2	15	-	6

Weiterzug von Entscheidungen an das Bundesgericht

	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Erledigung durch					Pendent Ende 2014
				Rückzug	Nichteintreten	Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
<i>Bundesgericht</i>									
Beschwerden in Zivilsachen .....	18	41	59	1	22	23	-	4	9
Beschwerden in Strafsachen .....	15	58	73	-	26	20	4	3	20
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten .....	-	1	1	1	-	-	-	-	-
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-

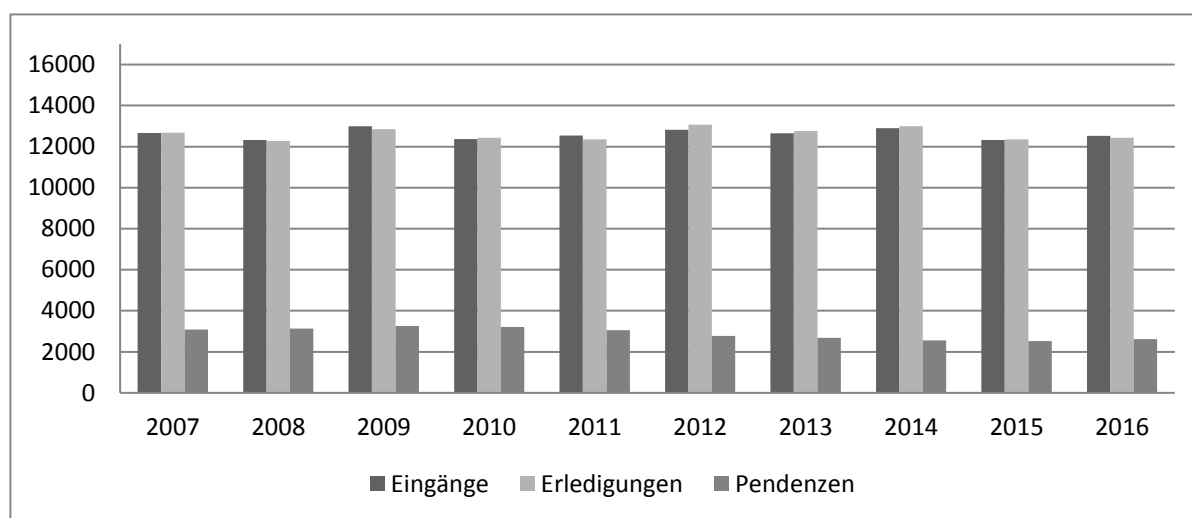


## II. Kreisgerichte

### 1. Übersichten

#### Entwicklung Geschäftslast aller Kreisgerichte (Kollegialgericht und Einzelrichter)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Eingänge.....</b>	12668	12319	12993	12362	12544	12814	12654	12896	12327	12530
<b>Erledigungen...</b>	12689	12279	12854	12429	12348	13066	12754	13000	12357	12439
<b>Pendenzen.....</b>	3087	3126	3266	3205	3057	2779	2679	2574	2531	2625



#### Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter) <sup>1</sup>

	Eingänge				Geschäftslast 2016 <sup>2</sup>	Erledigungen 2016	Pendenzen (Ende Jahr)			
	2013	2014	2015	2016			2016	2015	2014	2013
St.Gallen <sup>3</sup>	3479	3470	3168	3304	4068	3278	790	764	748	778
Rorschach	1267	1349	1211	1217	1452	1219	233	236	264	247
Rheintal <sup>3</sup>	1723	1830	1821	1892	2224	1788	436	332	401	395
Werdenberg-Sargan- serland	1692	1738	1601	1749	2055	1740	315	306	298	328
See-Gaster <sup>3</sup>	1455	1420	1465	1298	1606	1338	268	307	256	360
Toggenburg <sup>4</sup>	1264	1384	1345	1234	1514	1288	226	276	268	237
Wil <sup>3</sup>	1774	1705	1716	1836	2145	1788	357	310	326	334
	<b>12654</b>	<b>12896</b>	<b>12327</b>	<b>12530</b>	<b>15064</b>	<b>12439</b>	<b>2625</b>	<b>2531</b>	<b>2561</b>	<b>2679</b>

<sup>1</sup> Einschliesslich untere Aufsichtsbehörden im Betreuungswesen, Zwangsmassnahmenrichter.

<sup>2</sup> Falleingänge 2016 zuzüglich Pendenzen 2015.

<sup>3</sup> Einschliesslich Fälle regionaler Zwangsmassnahmenrichter.

<sup>4</sup> Einschliesslich Fälle kantonales Zwangsmassnahmengericht.

## Kollegialgericht <sup>5</sup>

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
	2013	2014	2015					
St.Gallen	209	172	159	138	181	319	196	123
Rorschach	48	54	69	40	47	87	54	33
Rheintal	83	102	85	56	94	150	66	84
Werdenberg-Sarganserland	65	68	82	37	112	149	82	67
See-Gaster	86	69	84	57	79	136	90	46
Toggenburg	28	30	38	28	46	74	49	25
Wil	71	81	88	37	122	159	89	70
<b>Total</b>	<b>590</b>	<b>576</b>	<b>605</b>	<b>393</b>	<b>681</b>	<b>1074</b>	<b>626</b>	<b>448</b>

## Einzelrichter <sup>6</sup>

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
	2013	2014	2015					
St.Gallen	2976	2984	2698	480	2852	3332	2792	540
Rorschach	1121	1190	1052	154	1050	1204	1050	154
Rheintal	1500	1600	1585	220	1633	1853	1585	268
Werdenberg-Sarganserland	1468	1517	1351	179	1479	1658	1474	184
See-Gaster	1227	1212	1241	205	1090	1295	1125	170
Toggenburg	1147	1254	1219	197	1099	1296	1142	154
Wil	1525	1466	1464	216	1551	1767	1528	239
<b>Total</b>	<b>10964</b>	<b>11223</b>	<b>10610</b>	<b>1651</b>	<b>10754</b>	<b>12405</b>	<b>10696</b>	<b>1709</b>

<sup>5</sup> Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. Revision/Rechtsbehelfe

<sup>6</sup> Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen, Zwangsmassnahmenrichter

## Ehescheidungen /-trennungen (Kollegialgericht und Einzelrichter)

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
	2013	2014	2015					
St.Gallen	294	314	311	146	271	417	290	127
Rorschach	98	105	90	41	120	161	115	46
Rheintal	140	128	151	56	165	221	137	84
Werdenberg-Sarganserland	159	153	168	90	158	248	184	64
See-Gaster	142	139	140	46	129	175	123	52
Toggenburg	89	100	88	55	89	144	97	47
Wil	178	158	164	56	163	219	171	48
<b>Total</b>	<b>1100</b>	<b>1097</b>	<b>1112</b>	<b>490</b>	<b>1095</b>	<b>1585</b>	<b>1117</b>	<b>468</b>

## Pendente Fälle

Kreisgericht	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2013 oder früher	2014	2015	2016
St.Gallen	790	27	26	82	655
Rorschach	233	2	2	15	214
Rheintal	436	18	6	37	375
Werdenberg-Sarganserland	315	7	7	21	280
See-Gaster	268	1	7	26	234
Toggenburg	226	3	11	23	189
Wil	357	6	8	32	311
<b>Total</b>	<b>2625</b>	<b>64</b>	<b>67</b>	<b>236</b>	<b>2258</b>

## 2. Zivilsachen

### A. Kollegialgericht <sup>7</sup>

Gerichtskreis	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet									Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Arbeitsrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erfledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
St.Gallen	91	105	91	196	2	40	1	6	3	3	31	5	-	58	44	102	94
Rorschach	38	32	27	59	-	11	-	4	-	2	9	1	-	19	13	32	27
Rheintal	59	45 <sup>8</sup>	46	91	-	18	6	5	-	5	9	3	-	21	10	31	60
Werdenberg-Sarganserland	51	31	66	97	4	19	14	1	3	3	16	2	4	31	19	50	47
See-Gaster	53	55	58	113	7	24	10	5	4	2	6	-	-	34	40	74	39
Toggenburg	24	22	32	54	-	19	1	1	2	-	6	3	-	17	16	33	21
Wil	62	31	62	93	4	26	4	5	1	3	19	-	-	24	16	40	53
	378	321 <sup>8</sup>	382	703	17	157	36	27	13	18	96	14	4	204	158	362	341

<sup>7</sup> Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), jedoch einschliesslich Abänderungen Scheidungsurteile

<sup>8</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr

## B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2015			Eingänge 2016			Gesamt	Erledigt 2016					Pendent Ende 2016		
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt		Genehmigung Familienrichter	Urteil Kreisgericht	Fristansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt
St.Gallen	97	49	146	207	64	271	417	226	26	-	38	290	76	51	127
Rorschach	27	14	41	91	29	120	161	77	30	-	8	115	30	16	46
Rheintal	35	21	56	135	30	165	221	123	6	-	8	137	60	24	84
Werdenberg-Sarganserland	60	30	90	130	28	158	248	139	27	-	18	184	37	27	64
See-Gaster	24	22	46 <sup>9</sup>	98	31	129	175	103	12	-	8	123	33	19	52
Toggenburg	45	10	55 <sup>9</sup>	72	17	89	144	83	11	-	3	97	38	9	47
Wil	36	20	56 <sup>9</sup>	129	34	163	219	143	7	-	21	171	33	15	48
	324	166	490 <sup>9</sup>	862	233	1095	1585	894	119	-	104	1117	307	161	468

<sup>9</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr



## C. Einzelrichterfälle <sup>10</sup>

### 1. Zivilsachen im vereinfachten Verfahren

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiert											Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anfechtung Kündigung	Forderung aus Arbeitsrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht																			
St.Gallen	184	124	154	278	-	20	-	1	32	2	10	40	42	7	-	89	105	194	84
Rorschach	59	33	65	98	2	8	-	9	14	-	2	15	13	2	-	38	24	62	36
Rheintal	117	40	103	143	-	13	-	6	9	-	4	24	36	11	-	56	44	100	43
Werdenberg-Sarganserland	98	38	102	140	1	19	1	3	10	5	4	15	40	4	-	70	36	106	34
See-Gaster	90	32	105	137	-	12	-	11	21	-	10	10	38	2	1	36	56	92	45
Toggenburg	87	33	43	76	-	9	-	3	7	2	1	7	9	4	1	24	28	52	24
Wil	99	45	101	146	-	24	-	2	13	-	1	24	36	1	-	66	36	102	44
<b>Total</b>	<b>734</b>	<b>345</b>	<b>673</b>	<b>1018</b>	<b>3</b>	<b>105</b>	<b>1</b>	<b>35</b>	<b>106</b>	<b>9</b>	<b>32</b>	<b>135</b>	<b>214</b>	<b>31</b>	<b>2</b>	<b>379</b>	<b>329</b>	<b>708</b>	<b>310</b>

<sup>10</sup> Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen (s. Bst. E)

## 2. Zivilsachen im Summarverfahren

### a) SchKG und Vollstreckung

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet								Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Rechtsöffnungen	Bew. R'vorschlag (Bestreitung neuen Vermögens)	Konkurseröffnung	Folgeverfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuldbetreibung und Konkurs	Vollstreckung	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht																
St.Gallen	1405	128	1507	1635	604	103	377	354	26	24	4	15	1346	134	1480	155
Rorschach	586	42 <sup>11</sup>	635	677	301	40	173	96	16	3	3	3	468	156	624	53
Rheintal	864	79	829	908	363	56	226	119	56	1	3	5	628	193	821	87
Werdenberg-Sarganserland	781	65	841	906	360	43	242	147	31	2	4	12	624	216	840	66
See-Gaster	581	46	501	547	226	45	116	78	12	9	10	5	328	195	523	24
Toggenburg	448	46 <sup>11</sup>	376	422	177	33	100	57	4	-	1	4	246	130	376	46
Wil	786	88 <sup>11</sup>	775	863	355	35	214	144	16	4	5	2	641	142	783	80
<b>Total</b>	<b>5451</b>	<b>494<sup>11</sup></b>	<b>5464</b>	<b>5958</b>	<b>2386</b>	<b>355</b>	<b>1448</b>	<b>995</b>	<b>161</b>	<b>43</b>	<b>30</b>	<b>46</b>	<b>4281</b>	<b>1166</b>	<b>5447</b>	<b>511</b>

<sup>11</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr

b) übrige Summarverfahren

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet													Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Personenrecht	Eheschutzmassnahmen	Übriges Familienrecht	Erbrecht (inkl. Beschwerden in Erbsachen)	Sachenrecht	Obligationenrecht	Rechtsschutz in klaren Fällen	Gerichtliches Verbot	Vorsorgliche Massnahmen	Freiwillige Gerichtsbarkeit	Rechtshilfeweise Einvernahmen	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016	
Kreisgericht																					
St.Gallen	394	86	438	524	10	138	83	1	22	-	94	24	13	21	23	9	287	100	387	137	
Rorschach	159	41	155	196	-	50	22	-	8	-	40	10	3	18	1	3	112	49	161	35	
Rheintal	231	39	254	293	9	97	32	-	15	-	59	12	1	20	8	1	161	66	227	66	
Werdenberg-Sarganserland	203	40	250	290	15	69	22	1	33	-	37	34	8	6	25	-	189	45	234	56	
See-Gaster	234	95	210	305	1	65	25	-	6	-	38	25	31	14	5	-	181	55	236	69	
Toggenburg	162	59	132	191	-	53	16	1	16	-	20	10	5	9	2	-	110	51	161	30	
Wil	201	37 <sup>12</sup>	263	300	3	108	53	-	8	-	43	12	12	21	3	-	200	46	246	54	
<b>Total</b>	<b>1584</b>	<b>397<sup>12</sup></b>	<b>1702</b>	<b>2099</b>	<b>38</b>	<b>580</b>	<b>253</b>	<b>3</b>	<b>108</b>	<b>-</b>	<b>331</b>	<b>127</b>	<b>73</b>	<b>109</b>	<b>67</b>	<b>13</b>	<b>1240</b>	<b>412</b>	<b>1652</b>	<b>447</b>	

<sup>12</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr

## D. Verfahrensleitende Verfügungen

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet						Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Ausstand	Nebenparteien	Sicherheitsleistungen	Erläss	Unentgeltliche Rechtspflege	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht														
St.Gallen	452	115	460	575	1	-	2	2	455	-	348	93	441	134
Rorschach	176	20	158	178	1	-	-	-	154	3	130	26	156	22
Rheintal	183	36	264	300	2	-	7	2	253	-	213	38	251	49
Werdenberg-Sarganserland	170	12	205	217	1	-	2	1	197	4	189	17	206	11
See-Gaster	201	21	165	186	-	-	1	4	160	-	137	27	164	22
Toggenburg	143	41 <sup>13</sup>	155	196	1	-	-	-	153	1	149	17	166	30
Wil	232	30 <sup>13</sup>	234	264	4	-	7	2	221	-	162	64	226	38
<b>Total</b>	<b>1557</b>	<b>275<sup>13</sup></b>	<b>1641</b>	<b>1916</b>	<b>10</b>	<b>-</b>	<b>19</b>	<b>11</b>	<b>1593</b>	<b>8</b>	<b>1328</b>	<b>282</b>	<b>1610</b>	<b>306</b>

<sup>13</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr

## E. Untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen

### Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2014	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/Nichteintreten	Rückzug/Gegenstandslos	Pendenzen Ende 2016
St.Gallen	25	13	1	15	16	2	10	2	2
Rorschach	32	25	-	9	9	-	8	1	-
Rheintal	14	12	5	13	18	-	8	8	2
Werdenberg-Sarganserland	16	10	-	14	14	-	9	4	1
See-Gaster	28	27	1	17	18	4	10	3	1
Toggenburg	6	9	-	10	10	3	4	2	1
Wil	15	16	2	37	39	3	28	4	4
<b>Total</b>	<b>136</b>	<b>112</b>	<b>9</b>	<b>115</b>	<b>124</b>	<b>12</b>	<b>77</b>	<b>24</b>	<b>11</b>

### 3. Strafsachen

#### A. Kollegialgericht

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet				Prozessgang				
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Strafsachen Erwachsene	Strafsachen Jugend	Nachträglich richterliche Entscheidungen	Nachverfahren StPO	Beurteilungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erledigungen nachträgliche Strafverfahren	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht													
St.Gallen	59	31	84	115	75	6	3	-	83	1	3	87	28
Rorschach	27	8	14	22	10	2	1	1	14	-	2	16	6
Rheintal	23	10	41	51	38	3	-	-	28	-	-	28	23
Werdenberg-Sarganserland	24	6	34	40	31	3	-	-	19	1	-	20	20
See-Gaster	22	1	18	19	17	1	-	-	11	2	-	13	6
Toggenburg	12	6	12	18	12	-	-	-	14	-	-	14	4
Wil	27	6 <sup>14</sup>	57	63	51	2	1	3	41	1	4	46	17
<b>Total</b>	<b>194</b>	<b>68<sup>14</sup></b>	<b>260</b>	<b>328</b>	<b>234</b>	<b>17</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>210</b>	<b>5</b>	<b>9</b>	<b>224</b>	<b>104</b>

<sup>14</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr

## B. Einzelrichter <sup>15</sup>

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet				Prozessgang				
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Strafsachen Erwachsene	Strafsachen Jugend	Nachträglich richterliche Entscheidungen	Nachverfahren StPO	Beurteilungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erledigungen nachträgliche Strafverfahren	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht													
St.Gallen	98	23	93	116	91	-	2	-	65	23	1	89	27
Rorschach	30	17	23	40	23	-	-	-	29	4	-	33	7
Rheintal	74	21 <sup>16</sup>	76	97	74	2	-	-	65	11	-	76	21
Werdenberg-Sarganserland	76	24	62	86	62	-	-	-	65	5	-	70	16
See-Gaster	46	10	33	43	33	-	-	-	27	7	-	34	9
Toggenburg	15	8	20	28	20	-	-	-	18	3	-	21	7
Wil	41	14 <sup>16</sup>	39	53	39	-	-	-	34	3	-	37	16
<b>Total</b>	<b>380</b>	<b>117 <sup>16</sup></b>	<b>346</b>	<b>463</b>	<b>342</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>303</b>	<b>56</b>	<b>1</b>	<b>360</b>	<b>103</b>

<sup>15</sup> Ohne Zwangsmassnahmenrichter (s. Bst. D + E)

<sup>16</sup> Bereinigung gegenüber Vorjahr

## C. Verfahrensleitende Verfügungen

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet			Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Anordnungen bei Haft	Unentgeltliche Rechtspflege/ Amtliche Verteidigung	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht											
St.Gallen	10	1	20	21	4	11	5	11	9	20	1
Rorschach	17	1	5	6	-	5	-	4	1	5	1
Rheintal	8	-	9	9	3	4	2	7	2	9	-
Werdenberg-Sarganserland	13	-	5	5	4	-	1	5	-	5	-
See-Gaster	11	-	3	3	-	3	-	2	1	3	-
Toggenburg	5	-	2	2	-	2	-	2	-	2	-
Wil	5	-	16	16	-	6	10	8	6	14	2
<b>Total</b>	<b>69</b>	<b>2</b>	<b>60</b>	<b>62</b>	<b>11</b>	<b>31</b>	<b>18</b>	<b>39</b>	<b>19</b>	<b>58</b>	<b>4</b>



## D. Regionale Zwangsmassnahmenrichter

	Eingänge 2015	Pendent Ende 2015	Eingänge 2016	Art der Erledigung					Erledigt 2016	Pendent Ende 2016
				Insgesamt	Beantragte Freiheitsbeschränkung ganz oder teilweise angeordnet/bestätigt	Beantragte Freiheitsbeschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatzmassnahmen	Abschreibung/Nichteintreten		
Haftanordnung	207	1	235	236	230	4	2	-	236	-
Haftverlängerung	109	-	98	98	96	1	-	-	97	1
Haftentlassung	15	-	26	26	24	-	-	2	26	-
Verlängerung Polizeigewahrsam	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wegweisung und Rückkehrverbot	3	-	2	2	2	-	-	-	2	-
Massnahmen Jugendliche	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Zwangsmassnahmen	38	1	31	32	17	-	15	-	32	-
<b>Total</b>	<b>372</b>	<b>2</b>	<b>392</b>	<b>394</b>	<b>369</b>	<b>5</b>	<b>17</b>	<b>2</b>	<b>393</b>	<b>1</b>

## E. Kantonale Zwangsmassnahmenrichter <sup>17</sup>

	Eingänge 2015	Pendent Ende 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigt 2016	Pendent Ende 2016
Überwachungsmassnahmen	315	-	309	309	308	-	308	1
Entsiegelung	22	9	33	42	21	6	27	15
Übrige Zwangsmassnahmen	13	1	19	20	19	1	20	-
<b>Total</b>	<b>350</b>	<b>10</b>	<b>361</b>	<b>371</b>	<b>348</b>	<b>7</b>	<b>355</b>	<b>16</b>

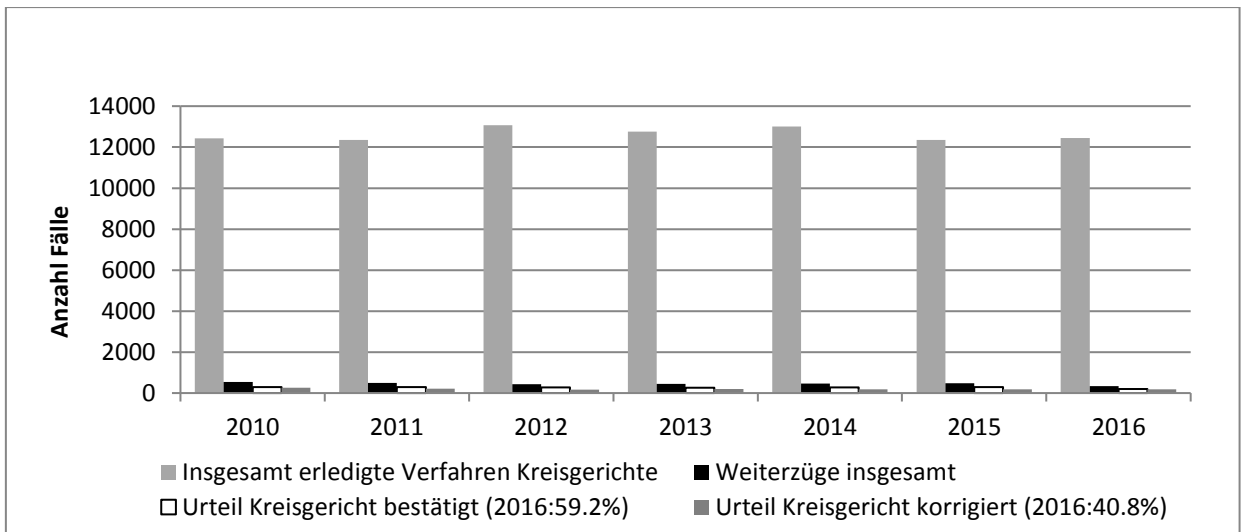
<sup>17</sup> Zugeordnet dem Kreisgericht Toggenburg

#### 4. Revision/Rechtsbehelfe

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet					Prozessgang			
	Eingänge 2015	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Revisionsverfahren Zivil	Erläuterung/Berichtigung Zivil	Wiederherstellung Zivil	Erläuterung/Berichtigung Straf	Wiederherstellung Straf	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2016	Pendenzen Ende 2016
Kreisgericht													
St.Gallen	9	2	6	8	-	4	1	-	1	6	1	7	1
Rorschach	4	-	6	6	-	3	2	1	-	6	-	6	-
Rheintal	3	1	7	8	-	2	5	-	-	7	-	7	1
Werdenberg-Sarganserland	7	-	12	12	1	8	-	3	-	11	1	12	-
See-Gaster	9	1	3	4	3	-	-	-	-	3	-	3	1
Toggenburg	2	-	2	2	-	1	1	-	-	1	1	2	-
Wil	-	-	3	3	1	1	1	-	-	3	-	3	-
<b>Total</b>	<b>34</b>	<b>4</b>	<b>39</b>	<b>43</b>	<b>5</b>	<b>19</b>	<b>10</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>37</b>	<b>3</b>	<b>40</b>	<b>3</b>

## 5. Weiterzüge

	Übertrag 2015	Eingänge 2016	Insgesamt	Rückzug/ Abschreibung	Nichteintreten	Abgewiesen	Geschützt	Teilweise ge- schützt	Pendent Ende 2016
Berufungen ans Kantonsgericht	314	235	549	25	16	51	19	72	366
Beschwerden ans Kantonsgericht	115	149	264	11	26	55	34	10	128
Betreibungsrechtliche Beschwerden ans Kantonsgericht	-	17	17	-	6	9	2	-	-
Beschwerden an die Anklagekammer	3	-	3	-	-	-	-	-	3



### III. Vermittlerämter

Gerichtskreis	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Art der Erledigungen								
				Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschlage	Angenommene Urteilsvorschlage	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
<i>St. Gallen</i>												
- St. Gallen	63	275	338	38	87	123	23	21	14	-	285	53
- Gossau	15	61	76	20	9	28	3	3	1	-	61	15
<i>Rorschach</i>												
- Rorschach West	6	54	60	4	14	27	5	4	-	-	50	10
- Rorschach Ost	9	76	85	11	16	23	18	16	10	-	78	7
<i>Rheintal</i>												
- Oberes Rheintal	10	70	80	8	20	36	4	4	5	1	74	6
- Mittleres Rheintal	7	69	76	12	26	28	2	2	4	-	72	4
- Unteres Rheintal	8	65	73	13	17	29	1	1	4	-	64	9
<i>Werdenberg-Sarganserland</i>												
- Werdenberg	14	103	117	13	40	49	4	4	2	-	108	9
- Sarganserland	10	109	119	5	66	29	15	12	-	-	115	4
<i>See-Gaster</i>												
- See	19	192	211	7	62	104	2	2	2	-	177	34
- Obersee-Gaster	16	177	193	15	112	28	20	18	-	-	175	18

### III. Vermittlerämter (Fortsetzung)

Gerichtskreis	Art der Erledigungen											
	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
<i>Toggenburg</i> - Toggenburg	12	104	116	16	34	33	2	1	4	10	99	17
<i>Wil</i> - Wil	31	245	276	46	75	93	19	17	8	-	241	35
	220	1600	1820	208	578	630	118	105	54	11	1599	221

#### IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Gerichtskreis	Art der Erledigungen										
	Übertrag	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Andenweitig	Erledigungen	Pendente Begehren
St.Gallen	43	298	341	114	78	13	8	-	104	309	32
Rorschach	6	85	91	27	23	-	-	1	27	78	13
Rheintal	23	140	163	75	22	-	-	-	52	149	14
Werdenberg-Sarganserland	21	101	122	60	34	-	-	-	5	99	23
See-Gaster	11	121	132	64	34	-	-	-	21	119	13
Toggenburg	6	99	105	43	21	-	-	-	20	84	21
Wil	17	107	124	40	32	2	2	-	37	111	13
	127	951	1078	423	244	15	10	1	266	949	129

## V. Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse

Gerichtskreis	Art der Erledigungen											
	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
St.Gallen	42	227	269	30	103	65	7	5	-	7	212	57
Rorschach	7	56	63	7	19	17	4	4	1	3	51	12
Rheintal	10	94	104	7	50	36	-	-	1	-	94	10
Werdenberg-Sarganserland	10	94	104	12	36	36	-	-	-	1	85	19
See-Gaster	6	68	74	13	27	32	-	-	-	-	72	2
Toggenburg	13	42	55	13	20	12	-	-	-	2	47	8
Wil	16	82	98	13	39	28	-	-	1	1	82	16
	104	663	767	95	294	226	11	9	3	14	643	124



## VI. Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz

Gerichtskreis	Art der Erledigungen											
	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
	2	5	7	-	3	2	-	-	-	1	6	1
	2	5	7	-	3	2	-	-	-	1	6	1

## B. Verwaltungsjustiz

### Das Verwaltungsgericht an den Kantonsrat St. Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (GerG) Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichts, des Versicherungsgerichts und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2016.

#### **7 Verwaltungsgericht**

##### **7.1 Personelles**

Im Berichtsjahr haben sich keine Änderungen der personellen Zusammensetzung des Gerichts ergeben.

##### **7.2 Geschäftslast**

Zu den Ende 2015 hängigen 286 (im Vorjahr 192) Verfahren kamen im Jahr 2016 insgesamt 263 (338) Neueingänge, davon 6 (7) öffentlich-rechtliche Klagen, hinzu. Von den 257 (331) Beschwerden betrafen 38 (60) das Bau-, Planungs- und Umweltrecht, 45 (37) das Ausländerrecht, 24 (33) das Steuer- und Abgaberecht und 38 (108) das öffentliche Beschaffungswesen. Die restlichen 112 (93) Verfahren verteilten sich auf die übrigen Zuständigkeitsbereiche des Verwaltungsgerichts. Im Berichtsjahr konnten 231 (244) Verfahren erledigt werden. Per Ende 2016 waren damit 318 (286) Verfahren pendent. Von den am Ende des Berichtsjahres hängigen Verfahren waren je 1 Streitsache in den Jahren 2010, 2012 und 2013 – sämtliche Angelegenheiten waren während längerer Zeit sistiert – und 3 Streitsachen im Jahr 2014 eingeschrieben worden. 149 der pendenten Streitsachen, davon 72 Beschwerden im Zusammenhang mit der Beschaffung von Software durch die Politischen Gemeinden zur Umsetzung des neuen Rechnungsmodells (Abacus-Beschwerden), sind im Jahr 2015, 163 im Jahr 2016 eingegangen.

Der Präsident verfügte oder entschied in 22 (101, davon 72 Abacus-Beschwerden) Fällen über Erteilung oder Entzug der aufschiebenden Wirkung, in 6 (29) Fällen über unentgeltliche Rechtspflege, in 12 (9) Fällen über vorsorgliche Massnahmen, Fristwiederherstellungen oder Akteneinsichtsbegehren und in 80 (83, davon in beiden Jahren 65 Abacus-Beschwerden) Fällen über die Sistierung von Verfahren. Diese insgesamt 120 (222) Zwischenverfügungen sind in den nachfolgenden Statistiken nicht enthalten. In den präsidialen Geschäftsbereich fällt auch die Verfahrensführung mit der Führung des Schriftenwechsels, die sich entsprechend einer allgemeinen Tendenz zunehmend aufwändig gestaltet. So hat die Zahl der in der elektronischen Geschäftsverwaltung erfassten Verfahrensschritte zwischen 2013 und 2016 von jährlich knapp 5'000 um rund ein Viertel auf knapp 6'300 zugenommen.

Zahlreiche Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen werden in den Entscheidungssammlungen St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) sowie St. Galler Steuerentscheide (SGE) veröffentlicht. Zudem publiziert das Verwaltungsgericht seine Kollegialentscheide praktisch vollzählig und ausgewählte Präsidialentscheide auf seiner Rechtsprechungsseite im Internet. Interessierte

werden auf Wunsch über Neupublikationen automatisch informiert. Dieses Angebot wird rege benutzt und sehr geschätzt.

Das Verwaltungsgericht hat nebst seiner intensiven Mitwirkung bei der kantonalen Verwaltungsjustizreform zu weiteren 12 Gesetzgebungsvorlagen auf Bundes- und Kantonsebene Vernehmlassungen und Mitberichte abgegeben, so insbesondere zur Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten, zum Sozialhilfegesetz und zum Gesetz über die Religionsgemeinschaften.

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Geschäftsgang:

Rechtsgebiet	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	68	38	106	53	53
Enteignungssachen	-	-	-	-	-
Berufs- und Gewerbebewilligungen	7	14	21	10	11
Jagd und Fischerei	-	4	4	1	3
Gebäudeversicherung	1	1	2	-	2
Sozialversicherung	1	3	4	3	1
Schätzung und Melioration	-	1	1	-	1
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	4	3	7	3	4
Staatssteuer natürlicher Personen	23	15	38	17	21
Staatssteuer juristischer Personen	2	2	4	2	2
Gemeindesteuern	-	1	1	-	1
Strassenwesen	1	2	3	2	1
Öffentliches Dienstrecht	2	1	3	1	2
Verfahrensrecht	5	4	11	3	8
Politische Rechte	1	2	3	2	1
Aufenthalt und Niederl. von Ausländ.	31	45	76	33	43
Lebensmittelpolizei	-	-	-	-	-
Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-
Waldgesetz	-	-	-	-	-
Bildung und Stipendien	6	18	43	12	31
Sozialhilfe	11	7	18	7	11
Öffentliches Beschaffungswesen	77	38	115	31	84
Diverse	11	17	28	7	21
Unentgeltliche Prozessführung	2	8	10	9	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	10	6	16	7	9
Beschwerden in Klagefällen	-	1	1	-	1
Direkte Bundessteuer	13	3	16	10	6
Strassenverkehr	8	24	32	15	17
Zwangsmassnahmen AuG	1	-	1	1	-
Öffentlichkeitsgesetz	1	3	4	1	3
<b>Total</b>	<b>286</b>	<b>263</b>	<b>549</b>	<b>231</b>	<b>318</b>

Von den am Ende des Berichtsjahres anhängigen 318 (286) Verfahren waren deren 74 (79, davon in beiden Jahren 65 Abacus-Beschwerden) sistiert.

### 7.3 Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

Rechtsgebiet	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	
					ganz	teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	53	19	1	18	9	6
Enteignung	-	-	-	-	-	-
Berufs- und Gewerbebewilligungen	10	4	1	3	-	2
Jagd und Fischerei	1	-	1	-	-	-
Gebäudeversicherung	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherung	3	2	-	-	-	1
Schätzung und Melioration	-	-	-	-	-	-
Gebühren, Vorzuglasten, Ersatzabgabe	3	-	-	1	1	1
Staatssteuer natürlicher Personen	17	4	1	9	3	-
Staatssteuer juristischer Personen	2	-	-	1	-	1
Gemeindesteuern	-	-	-	-	-	-
Strassenwesen	2	1	-	1	-	-
Öffentliches Dienstrecht	1	-	-	1	-	-
Verfahrensrecht	3	2	-	-	-	1
Politische Rechte	2	1	-	-	1	-
Aufenthalt und Niederl. von Ausl.	33	11	1	19	2	-
Lebensmittelpolizei	-	-	-	-	-	-
Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
Waldgesetz	-	-	-	-	-	-
Bildung, Erziehung und Stipendien	12	4	-	7	1	-
Sozialhilfe	7	2	-	4	1	-
Öffentliches Beschaffungswesen	31	25	-	4	-	2
Diverse	8	2	2	2	1	1
Unentgeltliche Prozessführung	9	-	1	5	2	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	7	2	-	5	-	-
Beschwerden in Klagefällen	-	-	-	-	-	-
Direkte Bundessteuer	10	2	1	5	2	-
Strassenverkehr	15	6	-	9	-	-
Zwangsmassnahmen AuG	1	-	1	-	-	-
Öffentlichkeitsgesetz	1	-	-	-	1	-
<b>Total</b>	<b>231</b>	<b>87</b>	<b>10</b>	<b>94</b>	<b>24</b>	<b>16</b>

Von den 231 (244) erledigten Verfahren wurden 125 (134) mit einem Entscheid des Kollegialgerichts, 106 (110) durch den Präsidenten abgeschlossen.

Die Verfahrensdauer vom Eingang der Beschwerde oder Klage bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Entscheids (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Verfahrensdauer in Monaten	0-3	3-6	6-9	9-12	12-15	15-18	über 18
Beschwerden und Klagen	83	36	12	5	9	26	60
Vorjahr	94	31	19	8	23	48	21

Bei den Angelegenheiten mit einer überjährigen Verfahrensdauer handelte es sich mehrheitlich um komplexe Fälle mit teilweise sehr umfangreichen Akten und mehrfachen Schriftenwechseln, welche im Interesse der Erledigung von Fällen, welche weniger Aufschub ertrugen, zurückgestellt worden waren.

## 7.4 Beschwerden beim Bundesgericht

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 51 (Vorjahr 44) Beschwerden gegen Entscheide oder Verfügungen des Verwaltungsgerichts erhoben. Das Bundesgericht hat im gleichen Zeitraum 55 (56) Beschwerden entschieden, wovon 5 (8) vollständig oder teilweise gutgeheissen wurden; 50 (48) Beschwerden wurden abgewiesen (34) oder mittels Nichteintreten (16) erledigt.

## 7.5 Justizverwaltung, Aufsicht über Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht

Abgesehen von Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Verwaltungsjustizreform musste das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr im Rahmen seiner Verwaltungs- und Aufsichtstätigkeit keine besonderen Bemühungen unternehmen und erwähnenswerte Feststellungen machen.

# 8 Versicherungsgericht

## 8.1 Personelles

Im Jahr 2016 arbeiteten die Richterinnen und Richter des Versicherungsgerichtes in der gleichen personellen Zusammensetzung und mit dem gleichen Arbeitspensum (665 Prozent) wie im Jahr zuvor. Bei den Gerichtsschreibenden gab es dagegen wiederum verschiedene Fluktuationen. Unter anderem wechselten zwei Gerichtsschreiberinnen nach rund zwei- bzw. vierjähriger Tätigkeit am Versicherungsgericht an das Bundesverwaltungsgericht. Insgesamt besetzten die Gerichtsschreibenden Ende 2016 Stellen im Umfang von 1330 Prozent. Bei den drei Kanzleimitarbeiterinnen gab es abgesehen von einer Pensenreduktion um 10 Prozent keine Veränderung. Auf sie entfielen Ende Jahr Stellen im Umfang von 240 Prozent.

## 8.2 Geschäftslast

Die Neueingänge (771) blieben gegenüber dem Vorjahr (778) praktisch unverändert (-1 Prozent). Zusammen mit den Pendenzen am Jahresanfang (1088) ist die Gesamtbelastung (1859) um rund 2 Prozent (-37 Fälle) wiederum leicht gesunken. Die Neueingänge betreffen zu rund 57 Prozent die Invalidenversicherung (total 439 Fälle; Vorjahr 432 Fälle). Dieser Anteil ist damit ebenfalls praktisch unverändert geblieben (+1 Prozent). Die im Vorjahr festgestellte Trendwende im Bereich der Invalidenversicherung hat sich also nicht fortgesetzt. Nach dem markanten Anstieg im letzten Jahr (+56 Prozent) gingen die Eingänge im Bereich der Arbeitslosenversicherung wieder um 17 Prozent auf 83 Fälle zurück. Die Eingänge im Bereich der Zusatzversicherungen zur obligatorischen Krankenversicherung haben sich von 7 auf 14 Fälle verdoppelt; ansonsten sind keine signifikanten Veränderungen gegenüber 2015 zu verzeichnen. Nach wie vor entfallen die meisten Fälle auf die beiden arbeitsintensivsten Rechtsgebiete Invalidenversicherung und Unfallversicherung. Sie machen im Jahr 2016 immer noch gut zwei Drittel der Gesamtbelastung des Gerichtes aus. Die Zahl der Erledigungen (871) konnten gegenüber dem Vorjahr um fast 8 Prozent deutlich gesteigert werden. Dadurch haben die Pendenzen am Jahresende (988) erfreulicherweise um 100 Fälle abgenommen und entsprechen noch 113 Prozent der über das Jahr hinweg erledigten Fälle (Vorjahr 135 Prozent). Die getroffenen Abbaumassnahmen haben damit im Jahr 2016 - wie von der Geschäftsleitung angestrebt - gegriffen.

Von den 988 am Jahresende pendenten Fällen waren 613 spruchreif, d.h. bereit für die Referatserstellung (492) oder zum Referat zugeteilt (121). 268 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium und 37 Fälle waren sistiert. 70 Fälle befanden sich in einem späteren Verfahrensstadium (Referat in Zirkulation, beurteilt oder Beweisverfahren).

Im Berichtsjahr wurden 86 Entscheide (10 Prozent) an das Bundesgericht weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 74 Beschwerden gegen Entscheide des Gerichts aus dem

Berichtsjahr und den beiden Vorjahren beurteilt. Davon wurden 35 abgewiesen, 8 teilweise und 13 vollumfänglich gutgeheissen. 15 Beschwerden wurden durch Nichteintreten und 3 Beschwerden nach Rückzug durch Abschreibung erledigt.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss.

### Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	andere Erledigungen	Erledigungen	Pendenzen
AHV	28	20	48	11	17	-	28	20
Erwerbsersatzordnung	-	3	3	1	-	-	1	2
Kinderzulagen	1	-	1	1	-	-	1	-
Alimentenbevorschussung	-	4	4	-	2	-	2	2
Mutterschaftsbeiträge	1	1	2	-	2	-	2	-
Opferhilfe	4	2	6	2	2	-	4	2
Arbeitslosenversicherung	80	83	163	13	75	-	88	75
Mutterschaftsversicherung	-	1	1	1	-	-	1	-
Familienzulagen nach FamZG	5	7	12	2	7	-	9	3
Invalidenversicherung*	228	153	381	77	104	1	182	199
<i>Total Abteilung I</i>	347	274	621	108	209	1	318	303
Invalidenversicherung*	348	223	571	138	127	-	265	306
Hilfsmittel AHV	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergänzungsleistungen	65	57	122	33	33	-	66	56
a.o. Ergänzungsleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Total Abteilung II</i>	413	280	693	171	160	-	331	362
Krankenversicherung (Bund)	21	14	35	5	13	-	18	17
Kranken-Zusatzversicherung	10	14	24	10	4	-	14	10
Krankenversicherung (Kanton)	12	7	19	1	11	-	12	7
Unfallversicherung	140	85	225	51	26	-	77	148
Militärversicherung	1	2	3	-	-	-	-	3
Berufliche Vorsorge	18	26	44	2	15	-	17	27
Invalidenversicherung*	125	63	188	42	40	-	82	106
<i>Total Abteilung III</i>	327	211	538	111	109	-	220	318
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung)	1	6	7	-	2	-	2	5
<b>Total</b>	<b>1088</b>	<b>771</b>	<b>1859</b>	<b>390</b>	<b>480</b>	<b>1</b>	<b>871</b>	<b>988</b>
* Invalidenversicherung total	701	439	1140	257	271	1	529	611

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenspruch	Vorsorgeausgleich	andere Erledigungen
AHV	28	2	3	1	19	3	-	-	-
Erwerbsersatzordnung	1	-	-	1	-	-	-	-	-
Kinderzulagen	1	-	-	-	1	-	-	-	-
Alimentenbevorschussung	2	-	-	-	-	2	-	-	-
Mutterschaftsbeiträge	2	-	-	-	1	1	-	-	-
Opferhilfe	4	1	-	1	2	-	-	-	-
Arbeitslosenversicherung	88	4	11	30	34	9	-	-	-
Mutterschaftsversicherung	1	-	1	-	-	-	-	-	-
Famienzulagen nach FamZG	9	-	1	3	4	1	-	-	-
Invalidenversicherung*	182	7	34	53	37	49	1	-	1
<i>Total Abteilung I</i>	318	14	50	89	98	65	1	-	1
Invalidenversicherung*	265	3	42	82	44	85	9	-	-
Hilfsmittel AHV	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergänzungsleistungen	66	3	10	18	20	14	1	-	-
a.o. Ergänzungsleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Total Abteilung II</i>	331	6	52	100	64	99	10	-	-
Krankenversicherung (Bund)	18	4	2	6	4	2	-	-	-
Zusatzversicherung (Bund)	14	-	4	2	5	3	-	-	-
Krankenversicherung (Kanton)	12	-	1	-	5	6	-	-	-
Unfallversicherung	77	-	11	11	41	12	2	-	-
Militärversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Vorsorge	17	1	5	-	2	6	1	2	-
Invalidenversicherung*	82	-	22	25	15	19	1	-	-
<i>Total Abteilung III</i>	220	5	45	44	72	48	4	2	-
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung)	2	2	-	-	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>871</b>	<b>27</b>	<b>147</b>	<b>233</b>	<b>234</b>	<b>212</b>	<b>15</b>	<b>2</b>	<b>1</b>

\* Invalidenversicherung total 529 10 98 160 96 153 11 - 1

Die Verfahrensdauern der 871 erledigten Fälle vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheids, abzüglich der Dauer von Sistierungen, stellen sich wie folgt dar:

Verfahrensdauer in Monaten	bis 3	3-6	6-9	9-12	12-15	15-18	18-24	über 24
Beschwerden, Rekurse, Klagen	146	111	65	78	69	60	115	227
Vorjahr	140	90	64	87	75	68	96	188

Verfahrensdauern von über 24 Monaten (total 227 Fälle) betrafen nach wie vor zur Hauptsache IV-Streitigkeiten (206), die aufgrund des namentlich seit 2013 stark gestiegenen Pendenzenüberhangs nicht früher erledigt werden konnten. Die restlichen 21 Streitigkeiten verteilen sich auf verschiedene Rechtsgebiete (1 AHV, 2 EL, 3 KV, 1 KV-Z, 12 UV und 2 BV).

## 9 Verwaltungsrekurskommission

### 9.1 Personelles

Per 1. Januar 2016 wurde MLaw Sebastiaan van der Werff als Gerichtsschreiber angestellt. Davor war er während rund sechs Monaten als ausserordentlicher Gerichtsschreiber für die Verwaltungsrekurskommission tätig. Das Arbeitsverhältnis wurde per Ende 2016 aufgelöst, da Sebastiaan van der Werff in die Advokatur berufen wurde. Als Nachfolger wurde MLaw Silvan Bötschi gewählt, der aus einer grösseren Zürcher Anwaltskanzlei als Gerichtsschreiber nach St. Gallen zurückkehrte.

### 9.2 Geschäftslast

Anfangs 2016 waren 342 (Vorjahr: 305) Fälle pendent; im Berichtsjahr sind 1002 (1092) hinzugekommen. Davon betrafen 272 (340) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 189 (259) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 369 (356) die fürsorgerische Unterbringung sowie Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen und 125 (98) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Haftüberprüfungen). Die restlichen 47 (39) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission führte im Berichtsjahr 184 (168) Parteiverhandlungen, 23 (13) Augenscheine mit anschliessender Urteilsberatung, 12 (20) Kinderanhörungen und 25 (25) Gerichtssitzungen durch. Insgesamt wurden 378 (315) Rekurse und Beschwerden durch das Gericht entschieden. 571 (644) Rekurse und Beschwerden sowie 125 (96) Haftanträge im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden präsidial entschieden. Zudem war im Geschäftsjahr über 99 (54) Begehren um unentgeltliche Rechtspflege und 35 (38) Gesuche um Erteilung/Entzug der aufschiebenden Wirkung zu entscheiden. Weitere 26 Zwischenverfügungen betrafen die Anordnung vorsorglicher Massnahmen (17), Ausstandsbegehren (5) sowie Sistierungs- und Wiederherstellungsgesuche (4).

Insgesamt wurden 1074 (1055) Fälle erledigt. Die Zahl der pendenten Fälle betrug per Ende 2016 noch 270 (342). Davon wurden 4 im Jahr 2013, 8 im Jahr 2014, 23 im Jahr 2015 und 235 im Jahr 2016 eingeschrieben. 39 (50) Streitsachen waren per 31. Dezember 2016 sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.



Übersicht über die im Jahr 2016 behandelten Rekurse, Beschwerden und Gesuche

	erledigt durch						
	am 1. Januar 2016 übernommen	Neueingänge 2016	Total	Gericht	Präsident	am 31. Dezember 2016 noch hängig	Weiterzüge
<b>Abteilung I</b>							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	132	235	367	152	125	90	21
2. Kammer	15	37	52	23	18	11	4
<b>Abteilung II</b>							
(Schätzungen, Landwirtschaft)							
1. Kammer	5	8	13	2	3	8	-
2. Kammer	15	27	42	23	14	5	-
3. Kammer	7	6	13	-	2	11	-
<b>Abteilung III</b>							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	5	6	11	5	3	3	-
<b>Abteilung IV</b>							
(Verkehr)							
	73	189	262	58	146	58	18
<b>Abteilung V</b>							
(Fürsorgerische Unterbringungen und weitere Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen)							
	87	369	456	115	260	81	19
<b>Abteilung VI</b>							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	3	125	128	-	125	3	-
<b>Total</b>	<b>342</b>	<b>1002</b>	<b>1344</b>	<b>378</b>	<b>696</b>	<b>270</b>	<b>62</b>

### 9.3 Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

	insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung*	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Davon Rückweisungen
<b>Abteilung I</b>							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	277	133	6	86	25	27	19
2. Kammer	41	17	-	10	9	5	2
<b>Abteilung II</b>							
(Schätzungen, Landwirtschaft)							
1. Kammer	5	3	-	2	-	-	-
2. Kammer	37	14	-	12	3	8	-
3. Kammer	2	2	-	-	-	-	-
<b>Abteilung III</b>							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	8	3	-	2	2	1	-
<b>Abteilung IV</b>							
(Verkehr)							
	204	120	3	52	21	8	3
<b>Abteilung V</b>							
(Fürsorgereische Unterbringungen und weitere Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen)							
	375	248	10	67	37	13	5
<b>Abteilung VI</b>							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	125	2	-	123	-	-	-
<b>Total</b>	<b>1074</b>	<b>542</b>	<b>19</b>	<b>354</b>	<b>97</b>	<b>62</b>	<b>29</b>

\*Abt. VI: Bestätigung der Zwangsmassnahme

Die Verfahrensdauern der 1074 erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheids, abzüglich der Dauer allfälliger Sistierungen, ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Verfahrensdauer in Monaten	bis 1	1-3	3-6	6-9	9-12	12-15	15-18	über 18
Anzahl erledigte Verfahren	513	170	176	100	67	15	7	26
Vorjahr	515	191	156	118	41	12	5	17

Rund 80 Prozent der Streitsachen konnten innerhalb von 6 Monaten erledigt werden. Von den 26 Geschäften mit einer Verfahrensdauer von mehr als 18 Monaten betrafen 14 die Abteilung V (Kindes- und Erwachsenenschutz), 4 die Abteilung I/1 (Steuerstrafen), 2 die Abteilung I/2 (Abwassergebühren), 2 die Abteilung II/1 (Erwerbsbewilligung BGG/landwirtschaftliche Grundstücksschätzung), 2 die Abteilung II/2 (Landumlegung), 1 die Abteilung III (Sonntagsarbeit) und 1 die Abteilung IV.

62 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2016 beim Verwaltungsgericht oder beim Kantonsgericht (Abteilung V) angefochten. Diese beiden oberen Instanzen erledigten im Berichtsjahr insgesamt 71 Beschwerden gegen Entscheide der Verwaltungsrekurskommission. Davon wurden 57 abgewiesen oder ohne materielle Prüfung erledigt. 2 Beschwerden wurden teilweise und 12 vollständig gutgeheissen, wobei drei der vollständig gutgeheissenen Beschwerden Zwischenverfügungen betrafen, in denen die Verwaltungsrekurskommission Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege abgewiesen hatte.

St.Gallen, 9. Februar 2017

Im Namen des Verwaltungsgerichts  
 Der Präsident:  
 lic.iur. Beda Eugster